

fonction publique

numéro 253
septembre/
octobre 2017
49^e année
paraît 6 fois par an



Sozialkonflikt am Flughafen abgewendet

ANA behält ihre Zuständigkeiten

Kompromisslösung nach langwierigen Verhandlungen gefunden

Fast ein Jahr, nachdem sich die CGFP ein erstes Mal vehement gegen die Auslagerung von Zuständigkeiten der Flughafenverwaltung an ein privatrechtlich geführtes Unternehmen ausgesprochen hatte, konnte nun in dieser Frage eine Kompromisslösung erzielt werden. Wohlwissend, dass ein Kompromiss keine Seite zu 100 Prozent zufriedenstellen kann, konnte mit dem nun vorliegenden Papier, das am kommenden 24. Oktober offiziell formalisiert werden soll, laut CGFP dennoch das Schlimmste verhindert werden. Ausdauer und Hartnäckigkeit auf Gewerkschaftsseite haben zum einen dazu geführt, dass die Flughafenverwaltung nun, anders als ursprünglich geplant, ihre bisherigen Missionen betreffend sicherheitsrelevante Tätigkeiten am Flughafen auch in Zukunft in voller Verantwortung ausführen kann. Und zum anderen konnte auf diese Weise das Äußerste, nämlich ein Streik verhindert werden, der letztlich weder im Interesse des Flughafens und der Sicherheit auf Findel, noch im Sinne des Landes – man denke nur an die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen – gewesen wäre.

In einer Pressemitteilung vom 28. September 2016 hatte sich die CGFP, wie eingangs erwähnt, ein erstes Mal „strikt gegen die erwogene Teilprivatisierung von ANA-Zuständigkeiten“ zur Wehr gesetzt. Bestürzt hatte sich die CGFP gezeigt über das Vorhaben der Regierung, „bestimmte Zuständigkeiten der ‚Administration de la navigation aérienne‘ (ANA) an die luxAirport s.a. übertragen zu wollen und somit zumindest eine Teilprivatisierung der bisher zur vollsten Zufriedenheit von der ANA durchgeführten Aufgaben vorzunehmen.“ Die CGFP hatte die Herangehens-



weise der Regierung insofern als „völlig inakzeptabel“ zurückgewiesen, als sich hier über Lösungen hinweggesetzt werden sollte, die in langwierigen Schlichtungsverfahren erzielt worden waren. In der Tat war bereits im Jahre 2014 zurückbehalten worden, der ANA – als Flughafenbetreiber – die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Zertifizierung zu erlangen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz von Personalvertretung und CGFP wurden diese Bedenken am 7. Oktober 2016 noch einmal wiederholt. An die Adresse der Regierung erging ein eindringlicher Appell, von ihrem mehr als fragwürdigen Vorhaben abzusehen.

Weil sowohl der CGFP als auch der Personalvertretung der Flughafenverwaltung zum damaligen Zeitpunkt jeglicher Sozialdialog mit dem zuständigen Ressortminister in dieser Frage verweigert wurde, hatten die Gewerkschaften keine andere Wahl, als den Schlichter anzurufen. Aber auch während der Schlichtungsprozedur wurde auf Regierungsseite kein Einlenken erkennbar. Viele Fragen blieben offen, so dass das Schlichtungsverfahren am 17. April 2017 scheiterte.

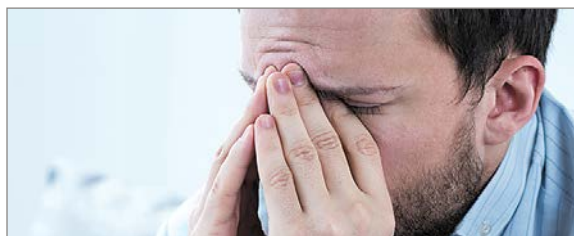
Parallel zur Mediationsprozedur, die in der Folge davon von Gewerkschaftsseite eingeleitet wurde, wandten sich die Gewerkschaftsvertreter an den Regierungschef, auf dessen Initiative eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Personalvertretern und Hauptverantwortlichen der Flughafenverwaltung und des zuständigen Ministeriums, zur Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen eingesetzt wurde. Geeignet werden konnte sich schließlich auf ein Kompromisspapier, das für beide Seiten tragbar gewesen wäre und – zu diesem Schluss kam zumindest die aus Experten zusammengesetzte Arbeitsgruppe – den geltenden Bestimmungen auch gerecht geworden wäre.

Nachdem sich die Direktion der Zivilen Luftfahrt dieser Kompromisslösung widersetzt hatte mit dem Argument, sie widerspreche europäischen Verordnungen, konnten diese Bedenken nun durch geringfügige Textänderungen aus dem Weg geräumt werden. Es wird künftig nur einen Flughafenbetreiber geben. Und die ANA – als Flughafenverwaltung – wird ihre derzeitigen Aufgaben derweil beibehalten und in eigener Verantwortung erfüllen. **F.P.**



Maßnahmen gegen die Radikalisierung

Die Gründe, weshalb Jugendliche sich radikalen Islamisten zuwenden, ähneln sich meist: Viele fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und haben keinerlei Zukunftsperspektiven. Wie kann die Schule diesem gefährlichen Trend entgegenwirken? Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, trat neulich in Brüssel im Rahmen einer öffentlichen Anhörung vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss u.a. dafür ein, Europa verstärkt in die Lehrpläne zu integrieren, um den Risiken einer Radikalisierung vorzubeugen. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 12 und 13.



Vorbeugung psychosozialer Probleme

Die öffentlichen Bediensteten vor psychosozialen Risiken zu bewahren, ist dem zuständigen Ministerium ein besonderes Anliegen. Zu diesem Zweck wurde innerhalb eines Jahres unter Einbindung der CGFP ein Gesamtkonzept ausgearbeitet. Der neu geschaffene psychosoziale Dienst beschränkt sich nicht nur auf die Veranstaltung von Konferenzen und Schulungen, sondern gilt als Anlaufstelle für all jene, die psychologische Hilfe benötigen. Erste Regierungsrätin Paulette Lenert und Mareike Bönigk, Leiterin des „service psychosocial“, ziehen im Interview mit „fp“ eine erste Bilanz (Seite 10 und 11).



Forschung und Innovation

Die luxemburgische Wirtschaft zeigt sich auf europäischer Ebene von ihrer starken Seite. Die Aussichten für das kommende Jahr sind vielversprechend. Auch als Industriestandort kann das Großherzogtum nach wie vor punkten. Allein in den letzten 15 Monaten wurden Privatinvestitionen in Höhe von einer Milliarde Euro angekündigt. Forschung und Innovation rücken dabei verstärkt in den Vordergrund. Es gibt allerdings auch warnende Stimmen: Vor allem die Infrastrukturen könnten derzeit nicht mit dem rasanten Wachstum Schritt halten. Lesen Sie dazu eine Analyse auf den Seiten 8 und 9.

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Editorial

80/80/90-Regelung gehört abgeschafft!

Die Ferienzeit ist vorbei, und der Alltag nimmt allmählich wieder seinen gewohnten Lauf.

Was sich vor den Sommerferien abzeichnete, scheint sich mit der „Rentrée“ mehr als zu bewahrheiten: Die staatlichen Einnahmequellen sprudeln erneut. Die Luxemburger Wirtschaft boomt. Und es werden so viele Arbeitsplätze geschaffen wie nie zuvor (vgl. „Eine Überdosis an Wachstum?“ auf den Seiten 8 und 9 dieser Ausgabe).

Umso unverständlicher erscheint der Umstand, dass nach wie vor auf dem Buckel der Beschäftigten ganz allgemein und der öffentlichen Bediensteten im Besonderen gespart werden soll. Stichwort: 80/80/90-Regelung. Zur Erinnerung: Mit der Umsetzung der Dienstrechtsreform verfolgte die Vorgängerregierung ein einziges Ziel, und zwar die Einkommen, insbesondere die Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst zu kürzen. Nun ist es dem Verhandlungsgeschick und der Hartnäckigkeit der CGFP zu verdanken, dass es letztlich nicht so weit kam. Die erzielte Kompromisslösung bestand schließlich darin, die eigentlichen Anfangsgehälter nach der Festanstellung nicht anzutasten, im Gegenzug dazu die Entschädigungen während des Praktikums unter Berücksichtigung gewisser Bedingungen nach unten anzupassen.

Und eine dieser Bedingungen sah eine grundlegende Neugestaltung der „Stage“-Zeit vor, die es dem Anwärter zum Staatsdienst ermöglichen soll, gründlich und nachhaltig auf seine späteren Aufgaben vorbereitet zu werden. Praktikanten seien nicht da, um zu arbeiten, sondern um zu lernen, brachte es der damalige Beamtenminister kurz, aber treffend auf den Punkt.

Was seitdem in der Praxis passiert ist, hat mit diesen gutgemeinten Ansätzen nicht mehr allzu viel gemein. Dass in der Tat der eine oder andere Ausbildungszyklus zusätzlich zu dem bereits bestehenden Angebot eingeführt wurde, will niemand abstreiten. Dann aber von einer grundlegenden Reform sprechen zu wollen, grenzt schon an Unaufrichtigkeit. Tatsache



ist nun einmal, dass die Praktikanten vom ersten Arbeitstag an veraltungsübergreifend als vollständige Arbeitskräfte eingebunden werden – nur bei weniger Lohn. Gerade das, was also mit dieser Maßnahme verhindert werden sollte, nämlich auf diese Weise billige Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst zu schaffen, ist bittere Realität geworden. Und deswegen behält die CGFP-Forderung nach einer unverzüglichen Abschaffung der 80/80/90-Regelung auch weiterhin Bestand – und das mit einer Intensität wie nie zuvor.

Das Angebot von Beamtenminister Dan Kersch, das jüngste Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst neu zu verhandeln und im Gegenzug für die Abschaffung dieser Regelung auf andere Errungenschaften (vgl. Punktwerthöhung zum 1.1.2018) zu verzichten, konnte die CGFP nur kopfschüttelnd zurückweisen. Denn: Bei dem auf CGFP-Seite gestellten Anspruch in Bezug auf die 80/80/90-Regelung geht es keineswegs um eine Gehaltsforderung im herkömmlichen Sinne. Es geht vielmehr darum, eine alles andere als populäre Maßnahme rückgängig zu machen, weil eine daran geknüpfte Leistung (Neuordnung der „Stage“-Zeit) nicht in dem Maße

erfüllt worden ist, wie man es sich hätte vorstellen können.

Erschwerend hinzu kommt der Umstand, dass die Südgemeinden diese Regelung erst gar nicht umsetzen wollten, sich letztlich aber auf eine günstigere Variante, nämlich die Einführung einer 90/90/95-Regelung geeinigt haben. Über die Folgen einer solchen „Zwei-Klassen-Beamtenchaft“ wurden sich offensichtlich kaum Gedanken gemacht.

Die CGFP jedenfalls, unterstützt von ihrem Kooperationspartner FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, wird an ihrer Forderung nach einer unverzüglichen Abschaffung dieser mehr als fragwürdigen Regelung festhalten und wird es auch nicht verfehlen, die politischen Parteien aufzufordern, öffentlich dazu Stellung zu beziehen. Finanzielle Zwänge können aufgrund der jüngsten Entwicklungen ja kaum noch ins Feld geführt werden.

Neben der Abschaffung der 80/80/90-Regelung für Anwärter zum Staatsdienst gibt es aber auch noch andere zentrale Themen, die weit oben auf der Agenda stehen. Da wäre zunächst einmal die Neugliederung bestimmter Laufbahnen aufgrund der Dienstrechtsreform. Es kann jedenfalls nicht angehen,

dass Bedienstete, die gerade noch vor Inkrafttreten der Reform eingestellt wurden, über ihre ganze Laufbahn betrachtet, schwere Einbußen hinnehmen müssten im Vergleich zu denjenigen Kollegen, die dem Staatsdienst kurz nach der Umsetzung beitraten. Auch hier gilt es, die dadurch entstandenen Härtefälle schnellstmöglich zu beseitigen.

Ebenso bereiten die Übergangsbestimmungen denjenigen Bediensteten, die unter der „alten“ Regelung bessere Karriereperspektiven gehabt hätten, so manche Kopfzerbrechen. Laut Dienstrechtsreform hätten sie ein Anrecht auf zwei Beförderungen auf der Grundlage der vorherigen Bestimmungen. Wie verhält sich die Angelegenheit aber nun, wenn eine dieser Beförderungen zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Dienstrechtsreform, nämlich auf den 1. Oktober 2015, fiel? Alleine der Umstand, dass es in dieser Frage überhaupt zu Diskussionen kommen muss, ist für die CGFP mehr als unverständlich. Schließlich sollte die Reform für die Bediensteten und nicht gegen sie gemacht werden. Zitat: „Il ne s'agira dès lors pas de faire une réforme contre les fonctionnaires publics, mais pour eux, en les motivant davantage et en leur offrant de nouvelles perspectives de carrière tout en garantissant le régime statutaire et la garantie de l'emploi (...)“ (vgl. Projet n°6457, S. 52).

Diese Liste ließe sich bestimmt noch erweitern, doch würde das den Rahmen dieses Beitrages sicherlich sprengen. Eines können wir unseren Lesern und Mitgliedern allemal versichern: Die CGFP wird auch in Zukunft ihrem Auftrag, nämlich für die moralischen, materiellen und finanziellen Interessen ihrer Mitglieder einzutreten, vollauf gerecht werden. Für Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten darf es im öffentlichen Dienst keinen Platz geben. Gerade das muss verhindert werden! Und dafür wird sich die CGFP auch weiterhin stark machen. Das ist nicht nur ihre Aufgabe, sondern ihre Pflicht.

Steve Heiliger

Webinfo

**Schnell und
übersichtlich
informiert:**



www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis
de la CGFP.

„Der öffentliche Dienst als Garant für eine gut funktionierende Demokratie“

Interview mit CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und -Generalsekretär Steve Heiliger

Neun Monate nach Amtsantritt ist das teilerneuerte CGFP-Exekutivbüro darauf bedacht, sich im Zeichen der Kontinuität für die Belange der Staatsbeamten und -angestellten einzusetzen. Im Interview mit „fonction publique“ beziehen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und -Generalsekretär Steve Heiliger Stellung zu Schlüsselthemen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Beide fordern Nachbesserungen der Steuerreform sowie die unverzügliche Abschaffung der umstrittenen 80/80/90-Regelung. Die CGFP-Führungsspitze sieht zudem derzeit keinen Anlass, das Renten- und Pensionssystem anzutasten. Weitere Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen will man künftig nicht tatenlos hinnehmen.

fp: Mit einer Laufbahn im öffentlichen Dienst verbinden viele Menschen ein vernünftiges Gehalt, eine hohe Pension und eine unkündbare Stelle. Haben Sie Verständnis dafür, dass dies in der Bevölkerung oft Neid erzeugt?

Steve Heiliger (SH): Diese Antipathie, die Sie gerade ansprechen, ist meines Erachtens heute nicht mehr so ausgeprägt wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Sie taucht lediglich bei Stammtischgesprächen auf.

fp: Sind Sie sich da so sicher?

SH: Sämtliche Bürger des Landes, also auch diejenigen, die sich ab und zu negativ über den öffentlichen Dienst äußern, nehmen die staatlichen Dienstleistungen von morgens bis abends in Anspruch. In den Schulen z.B. werden unsere Kinder von Beamten unterrichtet. Ist unsere Sicherheit gefährdet, eilen wir zur Polizei. Die Sozialversicherung und der Gesundheitsbereich sind weitere stellvertretende Musterbeispiele, dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst von wesentlicher Bedeutung ist. Ich glaube, dass ein Großteil der Bürger diese Dienstleistungen inzwischen sehr zu schätzen weiß.

Romain Wolff (RW): All diese Bereiche leisten einen wichtigen Beitrag, damit unsere Gesellschaft und unsere Demokratie gut funktionieren können. Die Dienstleistungen allgemeinen Interesses müssen für jeden Bürger frei zugänglich bleiben, ganz unabhängig von der persönlichen Lage. Ziel muss es sein, die bestmögliche Betreuung jederzeit zu einem erschwinglichen Preis zu gewährleisten. Auch die Gemeinden spielen dabei eine wichtige Rolle. Lassen Sie es mich laut und deutlich sagen: Die CGFP ist kategorisch gegen eine weitere Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Wenn es sein muss, werden wir uns auch dagegen zur Wehr setzen.



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (links) und -Generalsekretär Steve Heiliger äußern sich im fp-Gespräch zu sozialpolitischen Themen

fp: Was stört Sie so sehr an der Forderung, die öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren?

RW: Von Privatisierung ist nur dann die Rede, wenn es sich um Dienstleistungen handelt, die satte Gewinne einfahren. Beim Staat gibt es hauptsächlich Bereiche, die nicht profitorientiert sind, demnach keinen Gewinn abwerfen und dennoch unverzichtbar für das öffentliche Leben sind. Ein Land dessen öffentlicher Dienst nicht funktioniert, hat keine Zukunft.

SH: Angesichts dieser Tatsache ist es wichtig, dass nur die besten Mitarbeiter in den Staatsdienst aufgenommen werden und sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

fp: Welche Zutaten braucht man, um einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst sicherzustellen?

SH: Wir brauchen in erster Linie hochmotivierte Mitarbeiter. Wichtig ist, dass die Beschäftigten angemessene Löhne beziehen. Ein vernünftiges Gehalt reicht jedoch nicht aus, um Motivation am Arbeitsplatz zu erzeugen. Entscheidend sind auch gute Arbeitsbedingungen.

RW: Beispiele, was es bedeutet, wenn öffentlich Bedienstete schlecht bezahlt werden, gibt es in Europa zur Genüge. Oft sind die betroffenen Staaten sogar mit einem völlig korrupten öffentlichen Dienst konfrontiert. Staatsbeamte- und angestellte deshalb pauschal als reinen Kostenfaktor zu betrachten, führt zu nichts. Sie stellen eine Investition für die kommenden Generationen dar. In Krisenjahren wurden in vielen Ländern Tausende Menschen im öffentlichen Dienst entlassen. Ich bezweifle, dass das der richtige Weg ist.

SH: Für uns ist es jedenfalls unverständlich und keinesfalls hinnehmbar, wenn bestimmte Kreise, besonders eine national repräsentative Gewerkschaft, versuchen, Arbeitnehmer der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gegeneinander auszuspielen.

RW: Diese kontraproduktive Verhalten lehnen wir mit aller Entschlossenheit ab!

fp: Die 80/80/90-Regelung bei den Entschädigungen während der „Stage“-Zeit steht im Widerspruch zu der angemessenen Vergütung,

die Sie gerade ansprechen. Weshalb gab die CGFP damals dennoch ihre Zustimmung?

RW: Es ging eigentlich um Schadensbegrenzung. Uns war klar, dass die damalige Regierung auf eigene Faust gehandelt hätte, falls wir der Reform nicht zugestimmt hätten. Es wäre zu einem Sozialkonflikt größeren Ausmaßes gekommen. Ein Streik hätte dem ganzen Land erheblichen Schaden zugefügt. Um dies zu vermeiden, haben wir damals im Interesse des Landes den Kompromiss mitgetragen.

SH: Wobei ich klarstellen möchte, dass sich die CGFP lediglich für eine Gehälterrevision stark gemacht hatte, damit die längst überfälligen Gehältertabelle den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Zu keinem Zeitpunkt hatten wir eine Dienstrechtsreform in dem Ausmaß gefordert, wie sie letztendlich zurückbehalten worden ist. Die Folgen davon machen uns heute noch zu schaffen.

fp: Wie kam die 80/80/90-Regelung zustande?

SH: Die Vorgängerregierung, mit der die Reform ausgehandelt wurde, hatte lediglich ein Ziel vor Augen: Die Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, insbesondere die der Anfangsgehälter. Es ist dem Widerstand und der Hartnäckigkeit der CGFP zu verdanken, dass nach einer Festanstellung die Anfangsgehälter unangetastet bleiben.

Der Konsens, auf den wir uns geeinigt haben, sieht vor, dass die Entschädigungen während des Praktikums unter gewissen Bedingungen nach unten angepasst werden. Im Gegenzug sollte die „Stage“-Zeit grundlegend geändert werden.

fp: Wo liegt das Problem?

RW: Das neu zusammengesetzte CGFP-Exekutivbüro hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Meinungsaustausch mit den jeweiligen Fachverbänden durchzuführen, um festzustellen, welche Probleme es vor Ort gibt. In all diesen Gesprächen wurde uns bestätigt, dass die Reform des „Stage“ nicht in der Form umgesetzt wurde.

SH: Die Praktikanten, die einen Teil ihrer Entschädigung einbüßen, werden bereits am ersten Arbeitstag ins

kalte Wasser geworfen und als volle Arbeitskraft genutzt. Die CGFP wollte immer verhindern, dass auf diese Art und Weise billige Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Doch genau diese Befürchtung ist nun eingetreten.

fp: Dafür werden aber zusätzliche Ausbildungen angeboten....

SH: Dieses Argument kommt mir irgendwie bekannt vor. Auch in politischen Kreisen wird diese Behauptung immer wieder aufgestellt. Eine grundlegende Reform des Praktikums sieht für uns jedoch anders aus. Die Abschaffung der 80/80/90-Regelung ist nicht mit einer Gehaltsforderung gleichzusetzen. Es geht in erster Hinsicht darum, diese Maßnahme rückgängig zu machen, nachdem die Gegenleistung ausblieb.

fp: Erst neulich wurde für die Angestellten der 18 Südgemeinden eine 90/90/95-Regelung ausgehandelt. Ärgert Sie das?

SH: Unseren Informationen zufolge, waren die Südgemeinden anfangs überhaupt nicht an einer derartigen Maßnahme interessiert. Es ist schon erstaunlich, dass hier Politiker mitgewirkt haben, die den Regierungsparteien nahestehen.

RW: Wenn für die Angestellten der Südgemeinden eine bessere Regelung als unsere erzielt wurde, gönnen wir ihnen das. Doch es ändert nichts an unserer Kernforderung: Die 80/80/90-Regelung muss unverzüglich abgeschafft werden – und zwar in vollem Umfang.

SH: Die derzeitige Regelung trägt im Übrigen nicht unbedingt dazu bei, das Rekrutierungsproblem beim Staat zu lösen.

fp: Vor den Sommerferien ließ der Minister für den öffentlichen Dienst, Dan Kersch, anlässlich einer Pressekonzferenz durchblicken, dass er bereit sei, diesbezüglich mit sich reden zu lassen. Das muss Sie doch zuversichtlich stimmen?

SH: Die CGFP will wissen, wie sich die einzelnen politischen Parteien zu diesem Thema positionieren. In den kommenden Tagen werden wir Kontakt mit ihnen aufnehmen.

RW: Die Parteien müssen klar und deutlich Stellung beziehen. Wir geben uns nicht mit vagen, halbherzigen Aussagen zufrieden.

fp: Die Einführung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst war Ihnen ein Dorn im Auge. Weshalb haben Sie diese Pille dennoch geschluckt?

SH: Der ursprüngliche Entwurf sah eine jährliche Bewertung auf vier verschiedenen Ebenen vor. Dabei handelte es sich um ein regelrechtes „bürokratisches Monster“, um die Wortwahl des LSAP-Politikers Lucien Lux aufzugreifen.

RW: Dank des Einwirkens der CGFP wurde mit der neuen Regierung nachverhandelt, so dass der gigantische Verwaltungsaufwand auf ein Minimum reduziert werden konnte. Ähnlich wie die 80/80/90-Regelung löst jedoch auch das Bewertungssystem bei uns keine Welle der Begeisterung aus, da unserer Ansicht nach eine objektive Bewertung überhaupt nicht möglich ist. Die öffentlich Bediensteten bleiben nach wie vor dem Risiko ausgesetzt, willkürlich bewertet zu werden.

fp: Dennoch müssten Sie der Regierung eigentlich ein Lob aussprechen. Ende Juli wurden im Minister-



rat sechs Gesetzentwürfe gebilligt, die im Rahmen des Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst umgesetzt werden.

SH: Trotzdem bleiben wir zu diesem Zeitpunkt vorsichtig. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Auf dem Instanzenweg darf es zu keinen Verzögerungen kommen. Die CGFP hofft, dass die Gutachten des Staatsrats nicht allzu lange auf sich warten lassen, denn die Zeit drängt: Am 1. Januar kommenden Jahres wird die Punktwerthöhung in Kraft treten. Bis dahin müssen all diese Maßnahmen umgesetzt werden. Dies ist umso wichtiger, da einige dieser Bestimmungen, wie etwa die Erhöhung der Essenszulage, rückwirkend auf den 1. Januar 2017 ausbezahlt werden.

fp: Mit der Einführung der sogenannten „Zeitparkonten“ wird zudem eine langjährige Forderung der CGFP in Kraft treten.

RW: Der „compte épargne-temps“ stellt einen bedeutenden Fortschritt dar. Bereits im Gehälterabkommen hatten wir festgelegt, dass der entsprechende Entwurf spätestens Ende Juli auf den Instanzenweg geschickt werde. Diese Frist wurde nun eingehalten. Obwohl der Text für die Privatwirtschaft noch nicht vorliegt, beschloss Minister Kersch, die Maßnahme im öffentlichen Dienst umzusetzen, so wie es das Gehälterabkommen auch vorsah.

fp: Wie erklären Sie sich, dass die Zeitparkonten bis auf Weiteres in der Privatwirtschaft nicht eingeführt werden?

RW: Bevor ein Mitarbeiter geleistete Überstunden in Urlaubstage umwan-

deln kann, muss er zunächst über mehrere Jahre Opfer bringen, teilweise sogar auf Urlaub verzichten. In den ersten Jahren ziehen die Arbeitgeber also Nutzen daraus. Bei der Umwandlung in Urlaub tun sich die Arbeitgeber der Privatwirtschaft jedoch schwer damit, eine Stunde auch tatsächlich als eine Stunde aufzuschreiben. Sie bevorzugen es, die geleisteten Überstunden in Euro umzurechnen. Finanziell würde sich ein derartiges Konzept für das Patronat durchaus lohnen. Da die Arbeitgeber gleich zwei Mal auf der Gewinnerseite stünden. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Dan Kersch diesen Weg im öffentlichen Dienst nicht eingeschlagen hat.

fp: Luxemburgs Wirtschaft boomt. Soll die gute Konjunktur genutzt werden, um bei der Steuerreform nachzubessern?

RW: Die Steuerreform war ein guter Ansatz. Dennoch halten wir Nachbesserungen für unumgänglich. Angesichts der günstigen Konjunkturdaten und der gesunden staatlichen Finanzen ist es höchste Zeit, die Steuertabelle ein für alle Mal an die Inflation anzupassen. Die letzte Anpassung wurde im Jahr 2009 vollzogen – und das auch nur teilweise. Bleibt die Steuertabelle unverändert, werden sich die positiven Aspekte der Steuerreform, die zu Jahresbeginn in Kraft trat, sehr schnell in Luft auflösen. Infolge des positiven konjunkturellen Umfeldes erhoffen wir uns weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts beim gesamten Steueraufkommen.

SH: Insbesondere bei den Privatpersonen muss nachgebessert werden. Sie waren es, die die Steuerreform zum Teil vorfinanziert haben. Früher hielten sich die Privatpersonen und die Unternehmen bei der Steuerbelastung mehr oder weniger die Waage. Inzwischen befinden wir uns in einem Verhältnis von 80:20. Da ist so manches aus dem Ruder gelaufen.

RW: Die Menschen, die der Steuerklasse 1A angehören, sind dem Armutsrisiko am meisten ausgesetzt. Vor allem hier besteht Handlungsbedarf. Seit längerem spricht sich die CGFP auch dafür aus, die Stock-Optionen, die vorwiegend den Beziehern von hohen Einkommen steuerliche Vorteile beschern, künftig voll zu besteuern. Der derzeitige Steuersatz ist lächerlich und gehört abgeschafft. Nur so kann mehr Steuergerechtigkeit erreicht werden, falls es diese überhaupt gibt.

fp: Sind Sie der Ansicht, dass der Zeitpunkt gekommen ist, Einschnitte im Bereich der Pensionen vorzunehmen?



RW (lacht): Wissen Sie, vor 30 Jahren hatte ein hoher Arbeitgebervertreter bereits behauptet, das Rentensystem werde 2015 im Chaos enden. Und was ist passiert? Nichts dergleichen! Die gleiche Person ist allerdings heute nach wie vor der Ansicht, dass im Rentenwesen dringender Handlungsbedarf besteht. Die CGFP teilt diese Einschätzung nicht. Wir finden, dass Ruhe herrschen soll und eine Rentenreform derzeit nicht angebracht ist.

fp: Oft beschweren sich Arbeitgeber der Privatwirtschaft darüber, dass ihre Mitarbeiter sich nach ein paar Jahren für eine Stelle beim Staat oder im Kommunaldienst bewerben. Können Sie den Frust der Unternehmer nachvollziehen?

RW: Dazu schildere ich Ihnen ein Beispiel aus meinem Bekanntenkreis. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem ein verheirateter Vater von zwei Kindern seit mehr als zehn Jahren für ein privates Unternehmen arbeitet und noch immer den Mindestlohn bezieht. In all diesen Jahren hat sein Arbeitgeber es also nicht für nötig empfunden, ihm eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren. Das halte ich für absolut skandalös! Unter derartigen Umständen braucht es niemanden mehr zu wundern, dass Mitarbeiter, die keine beruflichen Perspektiven haben, Ausschau nach einer Stelle im öffentlichen Dienst halten.

SH: Wie sollen sich diese Arbeitnehmer jemals eine Existenz aufbauen? Es kann doch nicht darauf hinauslaufen, dass drei Generationen ein Haus finanzieren müssen.

RW: In Luxemburg werden zwar jährlich Tausende neue Arbeitsplätze

geschaffen. Wir müssen jedoch verhindern, dass sich hierzulande eine ähnliche Entwicklung abzeichnet wie in Deutschland oder in den USA. Dort entstehen Jobs, die es den Menschen nicht mehr ermöglichen, dezent zu leben.

fp: In Luxemburg stehen mit den Kommunal- und Parlamentswahlen zwei wichtige politische Termine an. Welchen Appell richten Sie an die Politiker?

SH: Ähnlich wie in der Vergangenheit wird die CGFP im Vorfeld der Parlamentswahlen 2018 einen Fragebogen an die einzelnen Parteien verschicken. Die Ergebnisse werden rechtzeitig vor dem Wahltermin veröffentlicht. Die CGFP verzichtet jedoch darauf, eine Wahlempfehlung auszusprechen. Unsere Mitglieder sind erwachsen und klug genug, selbst zu entscheiden, welcher Partei sie ihre Stimmen geben. Die Antworten des Fragebogens können dabei sehr hilfreich sein.

RW: An alle Politiker geht der Aufruf, sich für die Rechte der Beschäftigten einzusetzen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes oder um jene aus der Privatwirtschaft handelt. Investitionen, die die Zukunft der nachkommenden Generationen absichern, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Auf europäischer Ebene gilt es, die soziale Dimension zu stärken. Fraglich bleibt, ob die europäische Säule sozialer Rechte Früchte tragen wird oder nicht. Die Europäische Kommission darf jedenfalls in dieser Hinsicht nicht scheitern. Die Bemühungen müssen unbedingt zu einem positiven Ergebnis führen. Alles andere wäre ein Misserfolg. Selbstverständlich sind auch die Gewerkschaften gefordert, ihren entsprechenden Beitrag zu leisten.

fp: Am 9. November feiert die CGFP ihr 50-jähriges Bestehen. Was hat die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten in all diesen Jahren ausgezeichnet?

SH: Die CGFP hält an einem Grundprinzip fest: Sie legt stets großen Wert darauf, ideologisch neutral und parteipolitisch unabhängig zu sein. Das war und wird auch weiterhin der Schlüssel zum Erfolg sein. Seit ihrer Gründung stellt sich die CGFP in den Dienst der Bediensteten und somit auch des Landes.

RW: Wir werden das runde Jubiläum in einem bescheidenen Rahmen auf eine gediegene Art und Weise feiern.

fp: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Max Lemmer

CGFP

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Abgeschlossene Jahreskonten des Staates beweisen:

Die technokratischen Argumente für das „Zukunftspaket“ waren nur Fake News

In den vergangenen Jahren hat „fonction publique“ immer wieder (und manchmal vielleicht sogar zum Überduss mancher Leser) betont, dass die öffentliche Diskussion der budgetären und sozialpolitischen Lage in Luxemburg aufgrund gänzlich falscher Prognosen geführt wurde, ob es sich um den Lohnstopp für den öffentlichen Dienst oder um das ominöse „Zukunftspaket“ handelte, oder aber generell um die Sozialabbau-Sparmaßnahmen und die steuerliche Mehrbelastung für Lohnempfänger und Haushalte.

Wir versprachen damals, dass wir später die vorgebrachten schrägen Prophezeiungen, die als entscheidende Argumente angeführt wurden, entlarven würden als Irrtümer und Manipulationen, sobald die reale Entwicklung buchhalterisch festgestellt sei. Heute ist es uneingeschränkt möglich, diese eindeutige Bilanz zu ziehen.

Und der durchgeführte Vergleich zeigt, wie grotesk die Hypothesen waren, aufgrund derer die neue Koalition Ende 2013 und im Laufe von 2014 ihre wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen traf und ohne Sozialdialog durchpeitschte. Wir beweisen diese Feststellung, indem wir die Zahlen des Finanzministeriums und des statistischen Amtes Stateg, so wie sie heute für den Zeitraum bis Ende 2016 vorliegen, vergleichen mit den Prognosen in der ominösen „Note au Formateur“ des „Comité de Prévision“ vom 7. November 2013.

Weltuntergangsstimmung

Diese Voraussage, die weniger als 4 Jahre alt ist, wurde damals von uns als super-pessimistisch und als grundfalsch gebrandmarkt. Doch die parlamentarische Opposition sah dies keineswegs so, schaffte sie doch das Kunststück, das düstere Bild der Regierung als eine Schönfärberei der Lage hinzustellen, um so den neuen Machthabern mangelnden Mut vorwerfen zu können.

Schließlich hatte ja auch die Vorgängerregierung, bis auf leichte punktuelle Abweichungen, die gleichen tristen Analysen vorgenommen. Bereits Anfang 2013, also Monate vor der Regierungskrise, titelte der fp-Leitartikler von „fonction publique“: „L'État luxembourgeois, malade imaginaire“.

Wie die beiden untenstehenden Graphiken zeigen, hatte das „Comité de prévision“ der Koalitionsrunde bis 2016 ein schnelles Anwachsen der Staatsschuld

von 9,3 Milliarden Euro auf 15,1 Milliarden beziehungsweise von 21,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf 29,2% angekündigt. Es prophezeite der öffentlichen Verschuldung binnen 4 Jahren ein nominales (also nicht inflationsbereinigtes) Wachstum um +5,8 Milliarden Euro oder +62%, beziehungsweise einen Anstieg um +7,5 BIP-Prozentpunkte. Und dieses angebliche Anschwellen der Last um rund ein Viertel gegenüber der realen Wirtschaftsleistung, wie gesagt von 21,7% auf 29,2% des BIP, wurde als Legitimation vorgeschoben für die angesagte Austerität und den Sozialabbau.

Die angeblich expandierende Staatsschuld schrumpft deutlich

Doch dank des schnellen Wirtschaftswachstums, das bereits 2013 mit voller Kraft eingesetzt hatte, stabilisierte sich die Staatsschuld in Wirklichkeit rapide, genau wie wir es damals vorhersagten, und deswegen lag sie 2016 bei nur noch 20,0% des BIP, also 1,7 Prozentpunkte unter dem Ausgangspunkt von 2012. Vor allem befand sie sich damit um rund ein Drittel unter der politischen Vorhersage.

Auch in Euro ausgedrückt rutschte die Staatsschuld 2016 unter das Niveau von 2013. Von den Hintermännern der Koalitionsverhandlungen war für 2016 eine Gesamtstaatsschuld von 15,1 Milliarden Euro angekündigt worden; doch man landete real bei nur 10,9 Milliarden. Die Expertise lag somit um satte 4,2 Milliarden Euro daneben. Ein sehr beachtlicher Unterschied, vor allem wenn man

bedenkt, dass diese Schätzung Ende 2013 entstand, nur drei Jahre vor dem Ende der Vergleichsperiode.

Hier wird man nun vielleicht einwenden, die Prognose sei ja vor der Schnürrung des „Zukunftspaketes“ erstellt worden, und sie habe daher dessen Auswirkungen noch nicht in Betracht gezogen. Dieses Argument mag auf den ersten Blick plausibel erscheinen, es ist aber dennoch ein Trugschluss, denn es übersieht die Tatsache, dass das Maßnahmenbündel mit seinen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen ganz klar eine Konjunkturbremse war und nicht eine Aufschwungsdroge.

Dreiste Ursachenanalyse

Diese Art des Rasonierens entspricht der heutigen These der Regierung, erst ihr mutiges Zukunftspaket habe ja den Konjunkturaufschwung gebracht, der durch das Erstarken der Wirtschaft daraufhin die Staatseinnahmen aufgebessert habe. Diese Darstellung ist eine Bauernfängerei, denn der robuste Aufschwung existierte bereits, bevor die neue Regierung und ihr Paket zum Entstehen kamen.

Laut Stateg gab es bereits im Jahr 2013 (also bevor die neue Regierung in ihr Amt gelangte) ein Wachstum von +4,0%, dann 2014 (als sie die Inhalte ihres Zukunftspaketes erfand) ein solches von +5,6% und schließlich 2015 (als die ersten Maßnahmen nach und nach ihre Wirkung entfalten konnten) ein solches von +4,0%. Und der Aufschwung war stark genug, um auch in der Folge nicht vom Zukunftspaket erwürgt zu werden.

Selbstverständlich zielten das Drehen an der Steuerschraube und besonders die Erhöhung der TVA-Sätze auf steigende Staatseinkünfte. Dass aber durch höhere Steuersätze tatsächlich höhere Steuereinnahmen erzielt werden, gilt seit langem als eine riskante Logik, die historisch vielfach widerlegt wurde. Das Sparen des Staates auf der Ausgabenseite, gepaart mit der massiven Kaufkraft-Abschöpfung bei den steuerzahlenden Haushalten, haben volkswirtschaftlich ohne Zweifel das Wachstum gebremst und die Steuerbasis reduziert.

Und welche dieser beiden Einflüsse bei den eingenommenen Staatseinnahmen schließlich die stärkere Wirkung hatte, die reduzierte Besteuerungsbasis oder die erhöhten Steuersätze, das lässt sich selbstverständlich auch im Nachhinein nicht klar feststellen. Wenn die Regierung nun allen Ernstes, aber ohne den Schimmer eines Beweises behauptet, ihre Maßnahme habe sich budgetär positiv ausgewirkt, so belastet sie damit lediglich ihre eigene Glaubwürdigkeit und jene der gesamten Politiker-Kaste.

Volkswirtschaftlich aber wirkte das Steuerpaket auf jeden Fall negativ. Kein logisch denkender Mensch wird der Regierung abkaufen, dass das derzeitige kräftige Wirtschaftswachs-

tum zumindest zum Teil ihr Verdienst sei. Noch nie wurde nämlich ein Motor von einer Bremse angetrieben. Aber auch abgesehen von ihrer fehlenden volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit war die Initiative gesellschafts- und sozialpolitisch mehr als diskutabel. Zumindest einer seiner Miterfinder, nämlich der Wirtschaftsminister, hat ja inzwischen öffentlich zugegeben, dass das Zukunftspaket ein Fehler war.

Üppig sprudelnde Quellen

Doch alles politische Theoretisieren hilft wenig. Sehen wir uns vielmehr die Fakten an, eine Beschäftigung, welche im Luxemburger öffentlichen Disput allzu oft unterlassen wird. Wenn man sich ex post die tatsächliche Entwicklung der Staatskonten ansieht, stellt man fest, dass die Einnahmen für die gesamte Vergleichsperiode deutlich über den Prognosen des „Comité de prévision“ lagen.

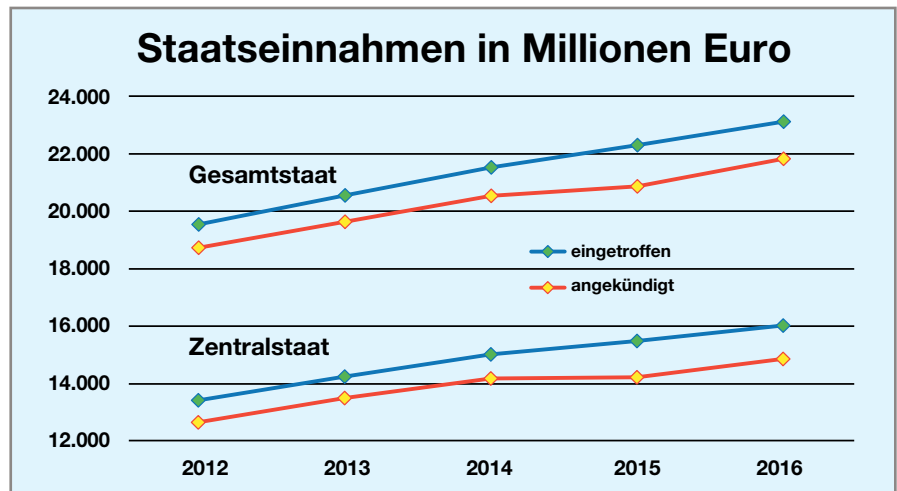
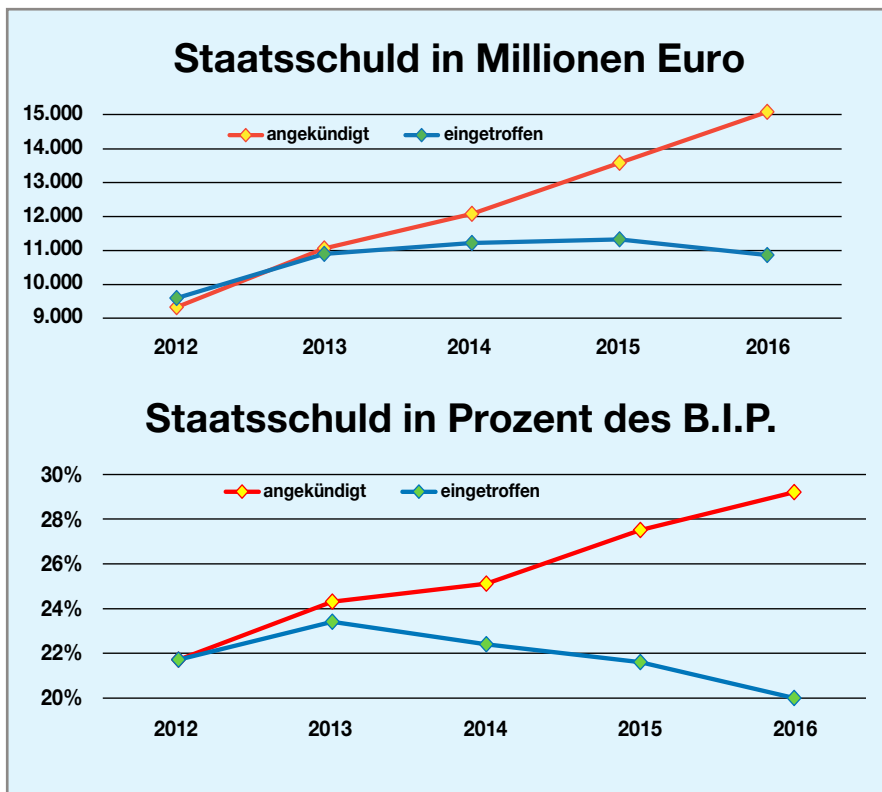
Sehr bemerkenswert ist, dass die Zahlen auch gänzlich falsch waren für die ersten Jahre der Vergleichsperiode, wo das famose Zukunftspaket auf alle Fälle noch keine Wirkung zeigen konnte. Es wird immer etwas schwieriger sein zu ergründen, was in zwei oder drei Jahren sein mag, doch bezüglich der kurzfristigeren Entwicklung darf man sich einfach nicht so total irren, wie es diese „Note“ tat.

Dass aber bereits für die Anfangsphase die Zahlen unrealistisch zurechtgebogen wurden, nährt unweigerlich den Verdacht, dass es hier nicht darum ging, mit einer objektiven Analyse der realen Fakten zu den bestmöglichen politischen Entscheidungen beizutragen, sondern dass vielmehr ein bereits vorher festgelegter Kurs mit einem scheinbar beeindruckenden Zahlenmaterial zu rechtfertigen war.

Die Jahresabrechnungen („General-konten“), die uns heute vorliegen, belegen eindeutig, dass 2013 Schwarzmalerei betrieben und Zweckpessimismus verbreitet wurden, und zwar in einem beachtlichen Ausmaß. Nicht sachlich beweisen lässt sich freilich, ob diese Fehlbeurteilung auf Irrtum beruhte oder mit Absicht geschah.

Die realen Jahreseinnahmen des Zentralstaates (welche in etwa denjenigen des jährlichen Budgetgesetzes entsprechen) lagen für jedes der fünf angeführten Jahre um beachtliche 5,6% bis 9,0% über der jeweiligen Prognose, und sie waren im Total des angegebenen Zeitraumes 4.825 Millionen Euro höher, was jährliche Mehreinnahmen von durchschnittlich 965 Millionen bedeutet. Diese Entwicklung wird in der unteren Hälfte der Graphik rechts unten verdeutlicht.

Die obere Hälfte der gleichen Graphik zeigt die entsprechende Entwicklung für den Gesamtstaat, welcher zusätzlich die Konten des kommunalen Bereichs



und der Sozialversicherungen abdeckt. Hier betrugen die Mehreinnahmen sogar 5.505 Millionen insgesamt, also durchschnittlich 1.101 Millionen Euro pro Jahr. Diese Zahl erinnert uns unweigerlich an das einstige Getöse, welches veranstaltet wurde über drohende Budgetlöcher in Milliardenhöhe, von denen man dann später aber nichts mehr hörte.

Haushaltsgleichgewicht seit Jahren wiederhergestellt

Im Vordergrund der parlamentarischen Haushaltsdebatten steht alljährlich das „Budgetdefizit“, und auch im Arbeitspapier des „Comité de prévision“ spielte es daher eine wichtige Rolle. Präziser ausgedrückt handelt es sich dabei um den (positiven oder negativen) Jahressaldo, also um den Unterschied zwischen den staatlichen Ausgaben und Einnahmen.

Dabei ging man 2013 für den Gesamtstaat, und gemessen nach der famosen Maastricht-Norm, von fünf sich folgenden Defizitjahren aus, wobei das Minus, bei einer eher ansteigenden Tendenz, zwischen -0,2% und -2,1% des BIP liegen sollte. Für die 5-Jahres-Periode wurde ein Gesamtdefizit von -2.567 Millionen Euro vorhergesagt.

In Wirklichkeit aber gab es fünfmal einen Jahresüberschuss, der graduell von +0,4% auf +1,6% des BIP anstieg, und für den gesamten Zeitraum erreicht man einen Totalbonus von +2.876 Millionen Euro.

Haushaltssolidität zu Unrecht angezweifelt

Das „Comité de prévision“ hat sich somit damals in dieser Beziehung um enorme 5,4 Milliarden Euro geirrt, und seine Darstellung war absolut irreführend. In den Jahren 2015 und 2016 lag das Ergebnis jeweils 3,5 BIP-Prozentpunkte höher als vorhergesagt. Denn

trotz jahrelanger politischer und ideologischer Hysterie in Presse und Parlament blieb Luxemburg (zusammen mit Estland) der europäische Musterschüler bezüglich der Defizitprozeduren.

Unser Land kam nie auch nur im Entferntesten an die offizielle Maastricht-Defizit-Maximalgrenze von -3% des BIP heran, eine strenge Norm, welche eine Mehrheit der europäischen Staaten jahrelang nicht beachtet haben und zum Teil auch weiter nicht respektieren. In Luxemburg haben niemals „griechische Verhältnisse“ geherrscht oder gedroht, auch wenn dies von interessierter Seite so krass behauptet wurde.

Für den Zentralstaat, also grosso modo auf das Budgetgesetz reduziert, wurde für die 5-Jahres-Periode ein aufaddiertes Riesendefizit von 5.929 Millionen Euro vorausgesagt. Das war dreimal zu hoch gegriffen, denn die fünf Jahreskonten wiesen zusammen schließlich nur einen Saldo von 1.978 Millionen aus, fielen also um 3.951 Millionen niedriger aus als angekündigt.

Insgesamt erweist sich die Debatte während des Schnürens des ominösen Zukunftspaketes daher als ein absolutes Desaster, einerseits wegen der zentralen Bedeutung dieser Entscheidungen in haushaltspolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht, und andererseits wegen des enormen Ausmaßes der Fehleinschätzung.

Diese aber begann schon mit dem Nichtbeachten der realen konjunkturellen Lage. Obschon alle Anzeichen auf einen kräftigen Aufschwung in Luxemburg hindeuteten, taten die Politiker, als stünden Jahre der Stagnation ins Haus, nicht zuletzt auch wegen der angeblich verlorengegangenen Produktivität und Kompetitivität. Da wurden temporäre, rein konjunkturelle Statistiken (etwa über die Lohnstückkosten) missbraucht, um auf ein langfristiges Strukturproblem der Unternehmen zu schlussfolgern.

Fiktive Strukturprobleme

In Wirklichkeit war, über die harten Rezessions- und Stagnationsjahre hinweg, der Wirtschaftsstandort Luxemburg fundamental attraktiv geblieben im internationalen Wettbewerb der Unternehmen. Und dass diese Feststellung auch für die exportierende Industrie gilt, davon kann man sich überzeugen bei der Lektüre eines anderen Artikels dieser Ausgabe. (siehe Seiten 8 und 9.)

Eindeutig hat Luxemburg die Banken- und Finanzkrise ohne dauerhaften Schaden überlebt, und die letzten vier Jahre bis 2016 erbrachten ein reales BIP-Wirtschaftswachstum von kumulativ +17,8%, während die 2013^{er} Expertise von nur +10,1% ausging.

Dies alles war 2013 durchaus absehbar, wie wir es bereits damals und in den Folgejahren hervorhoben. Nur passte unsere Analyse nicht ins vorherrschende politische Mainstream-Denken. Um die neue, unerfahrene Regierung in die Irre zu führen, brauchten die „5 vor 12“-Leute nicht einmal am Koalitionstisch zu sitzen, denn sie hatten ihre düsteren Theorien und Forderungen längst in die Köpfe der Politiker hineingebracht.

Und die Lektion von der Geschicht’?

Und was lernen wir nun aus dieser Megapanne? Dass auch im 21. Jahrhundert noch Gewerkschaften gebraucht werden, die ein Gegengewicht darstellen zur Propaganda der Patronats-Lobbyisten und deren Think Tanks und Spin-Doctors. Dies wussten wir zwar bereits, ist aber doch nützlich, es von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

Doch müssten wir nicht darüber hinaus versuchen, das politische System in seiner heutigen Ausprägung etwas zu hinterfragen? Unsere Politik verlässt sich zunehmend auf (echte oder angebliche) Experten, weil sie glaubt, diese könnten nicht nur Fakten klären und Zusammenhänge entwirren, sondern sie seien auch qualifiziert, politische Ziele festzulegen, Prioritäten aufzustellen und soziale Abwägungen vorzunehmen. Was ein absoluter Irrglaube ist.

Auf derartige fundamentale Fragen und auf die Präferenzen dazu gibt es aber keine Antwort durch irgendeine Wissenschaft, und es wird sie nie geben. Aber sogar bei den reinen Sachthemen verrennen sich die hochintelligenten Fachleute oft hoffnungslos, weil sie ihre Rechnerei auf falsche Prämissen aufbauen.

Der Expertokratie Grenzen setzen!

Und da müssten die Politiker dann unbedingt den erforderlichen „gesun-

den Menschenverstand“ aufbringen, um all die smarten Arbeitspapiere und die anderen Darlegungen des Beratungskabinetts und sonstiger Konsulenten und Lobbyisten kritisch zu hinterfragen und als rein theoretische und realitätsferne Konstrukte ohne Nährwert zu entlarven. Das ganze Experten-Gehabe erweist sich immer wieder weitgehend als pseudowissenschaftlich, nicht zuletzt wegen der ideologischen Denkweise und der dubiosen Hypothesen.

Wer die teure Studie bezahlt, braucht nur anzudeuten, was er braucht und will und wünscht, und schon sind die „richtigen“ Denkschemata, Hypothesen, Quellen gefunden für eine beeindruckende Rechnerei und eine hochakademisch anmutende Argumentation. So wird die jeweils gewünschte „Wahrheit“ im Handumdrehen mehr als glaubwürdig. Und die allerwenigsten Beobachter hinterfragen die Expertise.

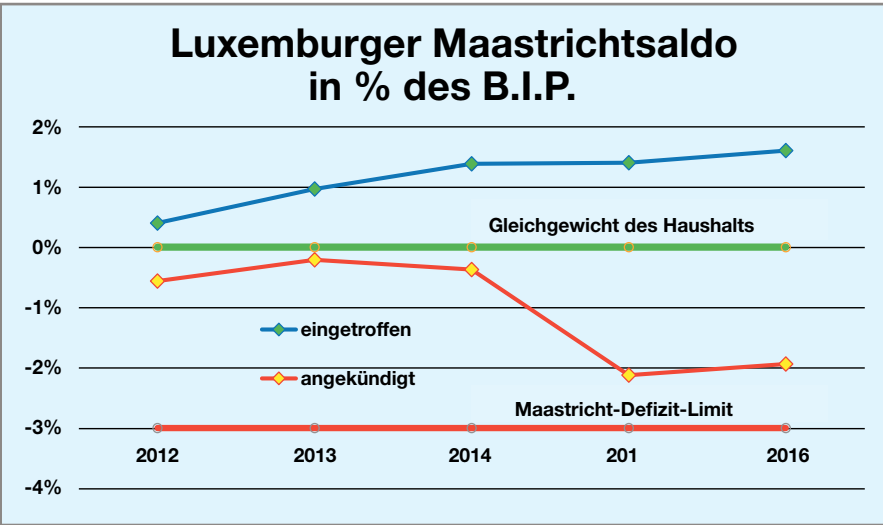
Dass wir als Publikum und Wählerschaft unsere Politiker zu sehr nach ihrem Sympathie-Potential, ihrer Ausstrahlung und ihrem telegenen Auftreten beurteilen sowie nach dem medialen Rummel, der um sie herum veranstaltet wird, und zu wenig nach ihrer Kompetenz und ihrem Fleiß, ihrer Kenntnis der Fakten und ihrem Urteilsvermögen, ist natürlich hier nicht hilfreich. Vor allem Infotainment! Schein statt Sein! Verpackung statt Substanz!

Auf alle Fälle hat sich, anhand der heute vorliegenden realen Jahreskonten, unsere staatliche Finanzpolitik der letzten Jahre als ein generelles Versagen entpuppt, wobei in einer so wesentlichen Angelegenheit die meisten Politiker, Journalisten und andere Kommentatoren – abgesehen von den Gewerkschaftern – total falsch lagen.

Offensichtlich sind sie sich dessen auch heute leider noch nicht bewusst. Ein besseres Verhalten in der Zukunft aber würde schon voraussetzen, dass es heute eine solche Einsicht über die Fehler der Vergangenheit gäbe. Darauf können wir leider kaum hoffen.

Gaston Thorn hatte recht: „Un peuple mal informé comprend mal, juge mal et décide mal.“ Das Land ließ sich budgetpolitisch total desinformieren und ernstete deswegen die falsche Politik, sozial, steuerlich, institutionell, strukturell. So wurden etwa bei den Infrastruktur-Investitionen die festgestellten gravierenden Rückstände nicht schleunigst abgebaut, weil man fälschlicherweise glaubte, es sei kein Geld vorhanden. Tatsächlich war das Geld da, aber man wusste dies nicht, weil niemand in die Schatztruhe schaute, schauen wollte, schauen durfte.

Paul Zimmer



Lohnt sich das Sparen noch? Mit einem Bausparvertrag schon!

Ihr Eigenheim kennt keine Wertminderung und es vermeidet Ihnen die monatliche Miete. Das Bausparen senkt Ihre Steuerlast und steht für Vermögensbildung und Altersvorsorge.

Wenden Sie sich an CGFP-Services unter der Nummer 47 36 51 oder über info@cgfp-services.lu Sonderbedingungen der Bausparkasse BHW für CGFP-Mitglieder erhalten Sie nur über uns.



Fakten und Fragen:

Eine Überdosis an Wachstum?

Sogar ein anstehendes Revival im Luxemburger Industriebereich

Die Luxemburger Wirtschaft boomt. Die 4 letzten Jahre, von 2013 bis 2016, brachten unserem Land ein reales Wachstum von jeweils zwischen +4,0% und +5,6%. Für 2017 ging die Zentralbank im Sommer von +4,6% aus, während die Statec-Prognosen unlängst angehoben wurde auf +4,8% sowohl für 2017 als auch für 2018. Und dabei sind die Luxemburger offiziellen Auguren erfahrungsgemäß sehr vorsichtig.

Jedenfalls kennt unsere Wirtschaft ein beachtliches Tempo im Vergleich zu einer gesamteuropäischen Expansion von nur rund 2%. Immerhin aber befindet sich Europa – unser wichtigster Absatzmarkt – weiterhin konjunkturell in einer Aufschwungphase.

Mit Galopp in die Zukunft

Und intern gibt es keine Anzeichen für eine Abschwächung, ganz im Gegenteil. Am Finanzplatz lag Ende Juni der Netto-Inventarwert aller Investmentfonds um 12,7% über dem Niveau von 12 Monate früher. Im 1. Halbjahr hat unser Versicherungssektor Prämien kassiert, die um 16,3% höher lagen als jene des gleichen Zeitraums im Vorjahr. Und bemerkenswerterweise verzeichnete der Flughafen Findel im 1. Semester einen spektakulären Zuwachs von +16,0% bei der Fracht und von +18,3% bei den Passagieren.

In den letzten 12 Monaten (Stand: Juli) wurden netto 14.500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, ein Zuwachs um +3,5%. Die Zahl der Grenzgänger liegt jetzt bei 183.700, was ein absolutes Allzeit-Hoch darstellt. Die Steuereinnahmen erreichen ihrerseits ein Rekordniveau, allen Tarifsenkungen zum Trotz, und die Staatschuld sinkt, auch wenn die Parteipresse vergisst, es zu melden.

Seit Ausbruch der Finanzkrise wurden in Luxemburg 81.400 zusätzliche Jobs geschaffen, ein Zuwachs um über 23%. In den Geschichtsbüchern wird man später lesen, dass im September 2017 die magische Grenze der 600.000 Einwohner überschritten wurde.

Erinnern Sie sich noch an unsere Produktivitäts- und Kompetitivitäts-Debatten, die vor ein paar Jahren tobten? Da wurde ein wahrer Weltuntergang für unsere Ökonomie angekündigt, weil die Luxemburger Unternehmen, so der angebliche „Experten“-Befund, definitiv ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätten, und deswegen die Arbeitslosigkeit endlos ausufern würde.

Düstere Prophezeiungen ...

Und deshalb wurden Maßnahmen gefordert, die angeblich überlebensnotwendig wären, wie die Abschaffung der Lohnindexierung, eine Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, die Senkung des Mindestlohnes, ein Kahlschlag bei den Leistungen der Sozialversicherungen und bei den Sozialzulagen sowie eine Sprengung der ominösen Rentenmauer.

Bei dieser Debatte schreckte das Patronat schließlich nicht einmal davor zurück, den Sozialdialog zu sabotieren und das „Luxemburger Modell“ praktisch gegen die Wand zu fahren. Und die Regierungen ließen sich sogar bei den öffentlichen Diensten zu so unsinnigen Maßnahmen hinreißen wie der Schließung von Filialen der Post und der Sparkasse (zwecks höherer Jahresgewinne und einer happigen Dividende für den Finanzminister, was eine offensichtliche Zweckentfremdung dieser Dienste darstellt) oder einer ebenso kostspieligen wie unnötigen Bewertung der Leistungen im öffentlichen Dienst.

Vor allem die Zukunftsperspektiven der Altersversorgung wurden von den Lobbyisten als katastrophal bezeichnet, und es wurden diesbezügliche Rettungsmaßnahmen beschworen, die angeblich unverzichtbar seien. Nach der Finanzkrise, so hieß es damals, werde das für die Nachhaltigkeit erforderliche Wirtschaftswachstum nie wieder erreicht. Dieses muss, so wird angenommen, 3,5% betragen, um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten, oder 4%, um die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Luxemburg erziele im Übrigen nie wieder eine Expansion, die das doppelte Tempo Europas ausmache.

... die sich als alternative Wahrheiten erweisen

Und wo stehen wir heute? Das erwähnte Wachstum ist dauerhaft wieder erreicht und übertroffen. (Siehe den ersten Absatz dieses Artikels!) Es ist eindeutig erwiesen, dass die Kassandrurufe falsch waren, dass die Prophezen sich entweder schwerwiegend geirrt hatten, oder aber, schlimmer noch, uns bewusst in die Irre führen wollten.

Doch die Herren Chef-Ökonomen gehen weiter erhobenen Hauptes durchs Land und sie streuen sich keineswegs Asche aufs Haupt. Sie tun so, als hätten sie das Land aus der Krise geführt. Ein Glück allerdings, dass zum gegebenen Zeitpunkt die Gewerkschaftswelt starken Widerstand gegen den Sozialabbau leistete und in den wesentlichen Fragen die Politiker am Einknicken hindern konnte.

Denn damals hatte das breite Publikum weitgehend, zumindest den Meinungsforschern zufolge, die Propaganda der Patronatslobby geglaubt. Und sich deswegen auch ohne massive Proteste mit dem total überflüssigen, genauso sozialschädlichen wie konjunkturehemmenden Zukunftspaket abgefunden.

Diese damalige, falsche Politik, welche seltsamerweise – das muss hier betont werden – von der Opposition zum Teil sogar noch als ungenügend beurteilt wurde, erlaubt es heute der Regierung immerhin das Volk mit Steuersenkungen und diversen neuen Zuwendungen zu

beglücken. Aber mit Verlaub gesagt: Wir erhalten heute lediglich zurück, was uns vorher abgenommen wurde.

Doch zurück zur Wirtschaft und zu den angeblich arg gebeutelten Unternehmen. Laut Statec belegen die verfügbaren Zahlen zurzeit eine deutliche Verbesserung der Produktivität, vor allem auch im erzeugenden Gewerbe, wo die ominösen Lohnstückkosten im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz sinken.

Während der Krise verwiesen wir in diesem Gewerkschaftsorgan immer wieder darauf hin, dass nicht die Rentabilität der traditionellen Betriebe das Maß aller Dinge ist, besonders wenn sich hier die Unternehmens-Erben auf das Abkassieren von Dividenden beschränken und nur noch minimal investieren. Heute stellen wir fest, dass das Gejammer ein egoistischer Reflex war, um nach der Privatisierung der Gewinne der Hochkonjunktur, in Krisenzeiten die Sozialkosten der Öffentlichkeit aufzuhalten, etwa via Kurzarbeit.

Eine private Milliarde für die industrielle Zukunft

Der Industriestandort Luxemburg ist weiterhin mehr als attraktiv. Hierzu braucht es keiner langen Argumentation, denn die Fakten sprechen für sich. Damit meinen wir die angekündigten und laufenden Investitionen durch die bereits länger anwesenden Betriebe, sowie auch durch sich neu ansiedelnde internationale Konzerne. In den letzten 15 Monaten wurden nämlich allein für die verarbeitende Wirtschaft Privatinvestitionen von über einer Milliarde Euro angekündigt. Wir wollen das im Einzelnen belegen.

Im Juli 2016 erklärte DuPont de Nemours, eine US-Gruppe, die heute in Luxemburg 1.050 Personen beschäftigt, in Contern zwischen 300 und 350 Millionen Euro investieren zu wollen und dabei 100 bis 120 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen; die genauen Pläne werden bis Ende 2017 vorgelegt. Die Echternacher Firma Eurocomposite mit 850 Beschäftigten, ein Zulieferer der großen Flugzeughersteller, hat beschlossen, ihre Produktionskapazi-

täten auszuweiten und mit Ausgaben von 61 Millionen Euro weitere 230 Arbeitsplätze zu schaffen. Mit 68 Millionen Euro vergrößert die amerikanische Avery Dennison-Gruppe, die weltweit Selbstklebefolien für die Verpackungsindustrie herstellt, ihre Anlagen in Rodange, wo heute bereits 420 Mitarbeiter beschäftigt sind.

Der Autozulieferer Carlex, der in Grevenmacher Windschutzscheiben herstellt, investiert 24,5 Millionen Euro, während der Spanplatten-Fabrikant Kronospan, eine schon lange ansässige Gruppe aus Österreich mit heute 260 Mitarbeitern in Luxemburg, in den nächsten 5 Jahren seine Produktionskapazitäten in Sassenheim ausbauen will mit nicht weniger als 330 Millionen Euro.

Und schließlich schafft Goodyear in Düdelingen für 80 Millionen Euro eine weitgehend automatisierte Fabrik mit 70 Beschäftigten, die jährlich 500.000 Reifen für Premium-Autos herstellen soll.

Als wichtige Neuzugänge vermeldet man das international agierende griechische Unternehmen Fage, bekannt als der „Joghurt-Riese“, das in Bettemburg für 100 Millionen Euro eine neue Fabrik mit 100 Mitarbeitern errichtet. Die weltweit forschende High-Tech-Firma OCSiAl mit Hauptsitz in Leudelingen steckt ihrerseits 100 Millionen Euro in die Herstellung von sogenannten „Karbon-Nanoröhren“, ein revolutionärer neuer Rohstoff, dessen Bestandteile sich in Millionstel-Millimeter messen und der sich für 6,70 Euro pro Gramm verkauft, also fast so teuer wie Gold.

Keine postindustrielle Landschaft in Sicht

Entschuldigen Sie bitte die Weitschweifigkeit dieser Aufzählung, die sich dennoch auf nur die „großen Fische“ beschränkt hat! Sie ist ein Argument, das es in voller Breite darzulegen galt. Und nun addieren Sie bitte die angeführten Zahlen! Hier kommt mehr als eine Milliarde Euro zusammen, und dies ausschließlich – wie zu betonen ist – für das herstellende Gewerbe im engeren Sinne.



Foto: Goodyear

Ein Industrieprodukt der (ferneren) Zukunft, das mit großem Aufwand integral in Luxemburg entwickelt wurde und dessen Prototyp 2014 vorgestellt wurde, ist der kugelförmige futuristische Reifen „Goodyear Eagle 360 Urban“, an dem Hunderte von Fachleuten jahrelang gearbeitet haben. Er erfordert ein noch zu erfindendes Auto, denn die vier kugelförmigen Reifen sind nicht mit Felgen und Achsen am Wagen befestigt, sondern sie bewegen sich kontaktlos in ihrem jeweiligen Radkasten. Sie erhalten ihre „Anweisungen“ wie auch die Energie zum Beschleunigen, Abbremsen und Abbiegen gänzlich per Digitalfunk aus dem Wagen, der elektromagnetisch über ihnen schwebt. Mit künstlicher Intelligenz ausgestattet, sollen sie mit ihrem Umfeld interagieren, indem sie die klimatischen Verhältnisse und den Straßenzustand mit Sensoren erfühlen und daraufhin die bionische Außenhaut ihrer Laufflächen verändern und so deren Haftfähigkeit anpassen. Das revolutionäre Konzept wird es erlauben, dass die Räder des Autos der Zukunft zum seitlichen Einparken ihre Fahrtrichtung von einem Augenblick zum nächsten um 90 Grad verändern.

Denn einbezogen bei der vorstehenden Aufzählung sind weder die Industrie-Forschung (wie das künftige Automotive Campus in Bissen mit den Entwicklungs-Zentren von Goodyear und IEE), noch der zügig expandierende Logistikbereich (mit, neben CFL und LuxairCARGO, auch nennenswerten privaten Projekten, wie etwa von Kühne&Nagel in Contern und von anderen in Bettemburg), sowie die diversen, mehr oder weniger vielversprechenden Weltraum-Tüftler und Biotech-Firmen, die Datacenter-, Internet- und Cloud-Branche sowie die Start-Up-Unternehmen einschließlich der Fintechs.

Ganz zu schweigen von den Baukosten für die vielen neuen Glaskästen für das Personal des Finanzplatzes im weitesten Sinne, für die Manager globaler und paneuropäischer Hauptquartiere und Verwaltungszentralen des Nicht-Finanz-Bereiches, sowie für zusätzliche Europabeamte. Diese vermehren sich ständig: So erhöht sich die Zahl der EU-Richter derzeit um 50% (3 pro Mitgliedsland statt bisher 2) und es kam sogar klammheimlich eine neue Institution hinzu, die EU-Staatsanwaltschaft.

Aber zurück zu unserer Argumentation: Auch rein industriell hat Luxemburg noch eine Zukunft vor sich, selbst wenn diese deutlich anders aussieht als die Vergangenheit, und zwar stärker von Forschung und Innovation getragen, kapitalintensiver, digitaler, stärker robotergesteuert und auf neue Sektoren und Märkte ausgerichtet. Und auch diese Perspektive des Produktionsbereiches trägt mit dazu bei, dass in der absehbaren Zukunft unser Wirtschaftswachstum nicht zum Erliegen kommen wird, auch ohne das (derzeit noch hypothetische) Google-Datazentrum von einer Milliarde Euro.

Fehlender politischer Durchblick

Die offensichtliche Gefahr, welche entsteht, nicht nur für die Entwicklung der Unternehmen, sondern auch für den sozialen Wohlstand und die Lebensqualität der Einwohner, ist eine ganz andere. Es ist die anhaltende Unfähigkeit der Politik bezüglich eines genügenden und zügigen Ausbaus der erforderlichen nationalen Infrastrukturen, insbesondere der Transportwege, der gewerblich zu nutzenden Flächen, des notwendigen Wohnraumes und der öffentlichen Einrichtungen, im Schulbereich und anderswo.

In welcher sträflicher Weise hat doch vor einiger Zeit das ominöse Zukunftspaket der derzeitigen Regierung mehrere dringend notwendige Infrastruktur-Investitionen in die weitere Zukunft verschoben! Obschon das notwendige Geld vorhanden ist, wenn man es denn nicht, aus reiner Gefälligkeit gegenüber der Handelskammer, in nebulöse intergenerationelle Sparstümpfe stopft, von denen man in der Folge dann nicht weiß, wo man sie globalkapitalistisch investieren soll. Statt eine sinnvolle Langzeitperspektive zu entwickeln und durchzuziehen, huldigen die hiesigen Staatslenker mit ihren kurzfristigen Sparmaßnahmen einem diskutablen budgetären Zahlenfetischismus.

Mit den Perspektiven der Industrie haben wir uns in diesem Artikel so ausführlich befasst, weil sie so eindeutig und beeindruckend belegen, dass das „Hochlohn-Land“ Luxemburg auch für die industrielle Produktion ein attraktiver Anziehungspunkt bleibt und nicht bloß ein Landeplatz für die Post-Brexit-Auswanderer aus London, für die Akteure des Finanzbereichs und jene der Digital- und Start-up-Welt sowie für die Manager der Corporate-Hauptquartiere.

Die Luxemburger Industriepolitik im engeren Sinne ist ein Bestandteil unserer Jahrzehnte alten Diversifizierungsstrategie, welche die hohe Abhängigkeit des Landes gegenüber den Banken und sonstigen Finanzinstituten abbildern soll. Jetzt, wo Konjunkturbedingt die Nachfrage nach Gütern wieder steigt und deswegen die Unternehmer die zurückgestellten Investitionen ver-



Statt Schwer- nun Leichtindustrie! Die ersten gänzlich in der Fabrik von LuxSpace in Betzdorf für einen amerikanischen Kunden hergestellten Mikro-Satelliten Vesselsat 1 und 2 wurden im Dezember 2011 und Januar 2012 jeweils mit einer indischen und einer chinesischen Rakete in den Weltall gebracht und dienten vier Jahre lang der genauen Lokalisierung von 30.000 Hochseeschiffen. Im Jahre 2016 passierte die erste privatfinanzierte Luxemburger Sonde aus Betzdorf den Mond. Die 2004 gegründete LuxSpace gehört zur OHB-Gruppe, dem drittgrößten Satellitenhersteller Europas. Im Rahmen des Programms spaceresources.lu hat das Mutterhaus OHB nun kürzlich eine weitere Luxemburger Tochtergesellschaft namens Blue Horizon gegründet, die ab 2020 auf dem Mondgrund Pflanzen züchten will. Und dies ist – Bitte sehr! – absolut kein Scherz, denn ihr Obergärtner ist ein Professor Doktor, der seit über 20 Jahren in seinem Metier aktiv ist und bereits zahlreiche biologische Experimente an Bord der Weltraumstation ISIS hat durchführen lassen.

Foto: Luxspace

wirklichen, trägt die langjährige zielstrebige Werbung Luxemburgs ihre Früchte, was mehr als begrüßenswert ist im Interesse einer ausgewogeneren Gesamtlandschaft.

Solide Argumente

Die generelle Attraktivität Luxemburgs ist nicht bloß eine schöne Theorie, die sich vorteilhaft niederschlägt in globalen Rankings, den Klassierungen der besten Unternehmensstandorte, und die sich auf offiziellen Prospektionsreisen und Roadshows propagieren lässt. Vor allem ist sie offensichtlich eine sehr konkrete Realität, belegt durch die Wahl zahlreicher knallharter internationaler Manager, die vorurteilslos und kaltblütig alle denkbaren Wirtschaftsstandorte Europas gegeneinander abwägen, um dann Luxemburg den Vorzug zu geben.

Neue Investitions-Entscheidungen von bereits lange bei uns niedergelassenen Firmen werden von Fachleuten getroffen, welche die Wettbewerbslage in Europa und der Welt aus langjähriger Erfahrung genau kennen, wie auch die relativen Stärken und Schwächen Luxemburgs. Und auch die neuen Investoren, die sich zwecks Ausweitung ihrer Produktion geographisch auf unerprobtes Territorium vorwagen müssen, sind genauso umsichtig bei der Standortwahl und analysieren sehr intensiv die Vor- und Nachteile aller Alternativen.

Jede millionenschwere Entscheidung internationaler Investoren ist somit ein wohlüberlegtes Vertrauensvotum für den Standort Luxemburg. Das muss hier so deutlich hervorgehoben werden. Die Kehrseite der Medaille aber ist, dass alle diese Entscheidungen die jahrelange Fedil-Propaganda bezüglich unserer angeblich verlorenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit als falsch, irreführend und verlogen entlarven.

Diese Kampagnen bezweckten einen massiven Sozialabbau und eine generelle Lastenverschiebung auf die Lohnempfänger und Haushalte, um die Gewinne zu steigern und das Überleben auch der am wenigsten rentablen Firmen zu sichern. Eine solche protektionistische Strategie aber schwächt den Druck nach Innovation und bewirkt gesamtwirtschaftlich keine Erhöhung der Produktivität und keine nachhaltige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

„Kreative Zerstörung“ von Wirtschaftsstrukturen

Die oben angeführten Fakten belegen klar, dass unsere Wirtschaft strukturell sehr gesund ist, auch im Industriebereich. Abgesehen von jenen lahmen Enten, die von ihren dividendenhungen-

rigen Besitzern ausgeblutet werden und denen man seit Jahren oder Jahrzehnten die erforderlichen Investitionen verweigert.

Hier muss es zu einer Flurbereinigung kommen, denn makroökonomisch verlangt ein nachhaltiger wirtschaftlicher Fortschritt, dass parallel zum Durchbruch neuer Initiativen auch alte und unproduktive Bereiche abgebaut werden. Die Verbesserung der Produktivität beruht hierzulande nicht auf spektakulären technologischen Fortschritten in den einzelnen Werkstätten und Fabriken, sondern sie entsteht in erster Linie durch den Austausch von Bereichen mit moderatem Mehrwert durch innovative, hochrentable Sektoren, die nicht auf Niedriglöhne angewiesen sind.

Diese Mutation ist im Fachjargon der Volkswirte auf akademischer und theoretischer Ebene als die „schöpferische“ oder die „kreative Zerstörung“ bekannt und verbunden mit dem Namen des Österreicherers Joseph Schumpeter. Diese Erkenntnis der Wissenschaft und dieser Bestandteil des Wirtschaftslebens werden von den „Experten“ unserer Patronatsvertretungen einfach negiert. Sie ersetzen ihn durch einen groben Sozialabbau, den sie fälschlicherweise als eine wissenschaftlich erwiesene und zwingende Notwendigkeit hinstellen.

Planungen starten meistens zu spät

Politisch gesehen muss man sich in Luxemburg natürlich fragen, ab wann die dramatische Verschlechterung des täglichen Verkehrsflusses, nicht bloß in den Spitzenstunden, und die beängstigende Steigerung der Grundstückspreise, inzwischen nicht nur in den Ballungsräumen, sich empfindlich negativ auf unser Image als Standort auswirken.

Die Universität hat berechnet, dass unser Verkehrsstau täglich 15 Millionen Euro kostet. Das sind mindestens 3 Milliarden im Jahr. Wenn unsere Politiker es weiterhin nicht schaffen, Bahnstrecken und Auffangparkplätze zu bauen und Autobahnen zu verbreitern, müssen wir irgendwann nolens volens im Interesse unserer Lebensqualität das anhaltende Wachstum bremsen. Was auch immer dies dann für die Arbeitslosigkeit und für die „Rentenmauer“ bedeutet.

Allerdings ist es grober Unfug, dass man uns unweigerlich bei jedem größeren öffentlichen Vorhaben irgendwann die Behauptung auftischt, wegen der Prozeduren gebe es nun plötzlich absolut unvorhersehbare Verzögerungen. Wenn es nämlich hierzulande auch nur eine einzige Gewissheit geben sollte, dann ist es jene, dass die Prozeduren bei Bauvorhaben jeder Art sozusagen

unendlich sind, mit Warteschleifen von bis zu fünf und gar zehn Jahren.

Der Dummste in diesem Land weiß inzwischen um diese Konstante, nur unsere Politiker sind anscheinend dafür zu kurzfristig. Wenn man die Lage kennt, weiß man doch, dass alle Projekte einfach mehrere Jahre früher angegangen werden müssen, um zum gewünschten Zeitpunkt nutzbar zu sein. Was man uns hier also als Fatalität verkauft, ist bloß das Eingeständnis der eigenen Inkompetenz, der nachhaltigen Unfähigkeit, die Luxemburger Demographie in ihrer enormen Dynamik zu erfassen, einer Dynamik, die es nun bereits seit Jahrzehnten gibt. (Siehe den Beginn dieses Artikels!)

Natürlich ist es durchaus erlaubt (und vielleicht sogar angebracht), die Frage aufzuwerfen, ob unser Wachstum nicht irgendwann übermäßig wird, und ob wir nicht bei der staatlichen Wachstums- und Diversifizierungspolitik selektiver sein müssten.

Die Zukunft hinterfragen

Macht es etwa Sinn, zweitklassige Tätigkeiten weiter zu fördern, die nur mit Subventionen (wie etwa anhaltende Kurzarbeit zu Lasten der Sozialkassen) und mit stark abgebremstem Sozialfortschritt zu halten sind? Oder neue Fabriken anzulocken, welche 95% bis 100% Grenzgänger einstellen werden – eine in diesem Ausmaß statistisch belegte Realität –, welche ihrerseits überwiegend nur den Mindestlohn beziehen und daher kaum Steuern zahlen, aber unsere Sozialkassen belasten?

Doch offensichtlich stellt kaum ein Politiker oder sonstiger Akteur des sozialen Lebens in diesem Land die Strategie einer maximalen Expansion in Frage. Angesichts dieses Verhaltens aber verlieren die politisch Handelnden damit das Recht, das allerseits erwünschte Wachstum hintenherum mit unzureichenden öffentlichen Investitionen zu sabotieren, welche dann per Wohnungspreise und Verkehrsstau in zunehmendem Ausmaß unsere Lebensqualität belasten. Doch womöglich ist die festgestellte, offensichtliche Verschleppungstaktik auch weniger willentlich als vielmehr nur die Frucht eines gravierenden Unvermögens.

Die Frage, ob unser Land derzeit zu viel Wachstum erlebt, beziehungsweise ab wann es zu viel Wachstum erleben wird, wollen wir hier unbeantwortet im Raum stehen lassen. Außer Frage aber ist die Tatsache, dass unser Staat seit langem in vielerlei Hinsicht unfähig ist, die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen zu einem akzeptablen Begleiten des demografischen und wirtschaftlichen Wachstums.

Die Konsequenzen des massiv bremsenden Verhaltens eines Teils unserer Regierung vertragen sich jedenfalls nicht mit dem Bestreben der anderen Abteilung, die wortwörtlich nach den Sternen greift. Meine Damen und Herren, beenden Sie bitte diese offensichtliche Schizophrenie, welche verheerende Folgen zu zeitigen droht! Und einigen Sie sich auf eine einzige, sinnvolle und konsequente Logik! Mit oder ohne Rifkin.

Paul Zimmer



Schutz vor psychosozialen Risiken im öffentlichen Dienst

Arbeit kann krank machen – auch im öffentlichen Dienst. Seit einem Jahr können die öffentlichen Bediensteten in Luxemburg professionelle Hilfe in Anspruch nehmen, um sich besser vor psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz zu schützen. Der „service psychosocial“ ist vor allem im präventiven Bereich tätig und soll demnächst personell aufgestockt werden.

Der psychosoziale Dienst soll nicht als Zwangsbegutachtung, sondern als Hilfsangebot wahrgenommen werden, versichern Paulette Lenert, Erste Regierungsrätin im Ministerium für den öffentlichen Dienst, und Mareike Bönigk, Leiterin des „service psychosocial“ (v.l.n.r.).



Psychosoziale Risiken stellen, was Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz betrifft, eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Sie können sich negativ auf die Psyche auswirken (Depressionen, Angsterkrankungen...), den Körper (Muskel-Skelett Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen...), und das Arbeitsverhalten (Motivationsverlust, Leistungsabfall, Alkoholsucht...). WHO-Schätzungen zufolge wird weltweit bei jedem vierten mindestens einmal im Leben eine psychische Krankheit festgestellt.

Übermäßige Arbeitslast, eine mangelnde Einbeziehung von Arbeitnehmern im Entscheidungsprozess sowie Mobbing oder eine geringe Wertschätzung der geleisteten Arbeit sind nur einige der Faktoren, die die psychosozialen Risiken im Job fördern.

Obwohl der Staat gemäß internationaler Vorgaben dazu verpflichtet ist, den psychosozialen Gefahren im öffentlichen Dienst vorzubeugen, wurde die Bekämpfung dieses Phänomens jahrelang sträflich vernachlässigt. „Bei Amtsantritt von Minister Dan Kersch gab es keinen Aktionsplan zur Prävention“, betont Paulette Lenert, Erste Regierungsrätin im Ministerium für den öffentlichen Dienst, gegenüber dieser Zeitung.

Schaffung eines Kompetenzzentrums

Vor den Sommerferien wurde ein Gesetzentwurf auf den Instanzenweg gebracht, der die Schaffung eines Kompetenzzentrums vorsieht, in dem alle staatlichen Verwaltungen zusammengeführt werden, die für Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität am Arbeitsplatz zuständig sind. Ziel ist es, die stark verzahnten Fachkenntnisse unter der Aufsicht einer gemeinsamen Direktion zu bündeln. Im Ministerium für den öffentlichen Dienst hofft man, dass das entsprechende Gesetz noch vor Ende der Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

Da jedoch bei der Vorbeugung von psychosozialen Risiken im öffentlichen Dienst dringender Handlungsbedarf bestand, war man sehr darum bemüht, die bestehende Lücke rasch zu schließen. Vor rund einem Jahr nahm der „service psychosocial“ seine Arbeit auf. Die Anlaufstelle soll zu einem späteren Zeitpunkt in die neue Verwaltung eingegliedert werden. „Wir tragen dazu bei, dass es beim Staat und im Kommunalsektor immer weniger Mitarbeiter gibt, denen es aufgrund ihrer Arbeit schlecht geht“, unterstreicht Dr. Mareike Bönigk, die Leiterin des psychosozialen Dienstes.

Ziel ist es, die psychosozialen Risiken zu minimieren und den Bediensteten

zu helfen, die in akuten Schwierigkeiten psychosozialer Natur sind. „Wir arbeiten nicht auf eine ideale Welt hin, das wäre unrealistisch. Es geht darum, Ziele festzulegen, die umsetzbar sind. Eine Person, die privat schwer belastet ist, hat andere Bedürfnisse und Ressourcen in Bezug auf die Arbeit, als eine Person, bei der privat alles stimmt – und umgekehrt.“

Vorbeugung ist oberstes Gebot

Bei seiner Vorgehensweise hat sich der psychosoziale Dienst die Prävention auf die Fahne geschrieben. Zunächst geht es darum, die öffentlichen Bediensteten mittels Konferenzen mit allen Aspekten der Lebensqualität am Arbeitsplatz vertraut zu machen. Des Weiteren werden in Zusammenarbeit mit dem INAP („Institut national d'administration publique“) mehrere Schulungen angeboten.

Eine davon richtet sich vorwiegend an die Leiter der Personalabteilungen. Sie erhalten Tipps zur Vermeidung von psychosozialen Risiken. Die restlichen Schulungen richten sich an ein breiteres Publikum. Die Teilnehmer werden aufgeklärt, wie man feststellt, ob ein Arbeitskollege an einer psychischen Erkrankung leidet oder nicht.

Eine weitere Schulung betrifft die psychologische Ersthilfe, das heißt, wie sich die Mitarbeiter in dem Fall verhalten sollen, wenn sich ein Kollege am Arbeitsplatz in akuter seelischer Not befindet. Die Initiativen stoßen auf ein reges Interesse. Sämtliche Schulungen, die dieses Jahr stattfinden, sind bereits restlos ausgebucht. Zurzeit wird das Programm für das kommende Jahr aufgestellt.

Aufwendige Studie zur Lebensqualität

Eine weitere Aufgabe des neu geschaffenen Dienstes besteht darin, die psychosozialen Risiken in den jeweiligen Ministerien und staatlichen Verwaltungen zu analysieren. Zunächst geht es darum, die Probleme ausfindig zu machen, um anschließend spezifische Maßnahmen in die Wege zu leiten. Derzeit gebe es noch zu wenige Daten, um bereits erste Schlüsse für den gesamten öffentlichen Dienst zu ziehen, räumt Bönigk ein.

Mehr Aufschluss erhofft man sich von einer flächendeckenden Umfrage zum Thema Lebensqualität, die zusammen mit der Universität Luxemburg ausgeführt und im gesamten öffentlichen

Dienst durchgeführt wurde. Die mit Spannung erwarteten Ergebnisse der TNS-Ilres-Umfrage liegen derzeit noch nicht vor, sollen aber noch vor Jahresende veröffentlicht werden.

Der „service psychosocial“ ist zudem auch im Bereich der sogenannten tertiären Prävention tätig. Staats- sowie Kommunalangestellte, die zur Erkenntnis gelangen, dass sie psychologische Hilfe benötigen, um einen Ausweg aus ihrer verzweiferten Situation zu finden, können sich unter der Telefonnummer 247 73 100 an die Experten wenden. Dabei handelt es sich nicht um eine Hotline, die rund um die Uhr erreichbar ist. Bei Anrufen außerhalb der Bürozeiten verweist der psychosoziale Dienst auf das Sorgentelefon und die Onlineberatung von SOS-Détresse.

Streng vertraulich

Die Gespräche werden strengst vertraulich behandelt, versichert Mareike Bönigk. Die Psychologen unterliegen dem Berufsgeheimnis. Eine Ausnahme gilt lediglich, wenn das Leben der betroffenen Person oder das anderer Menschen gefährdet ist. In diesem Fall greift eine Prozedur, die das Leben der Betroffenen schützt.

„Sobald sich eine Person auf Anraten ihres Chefs an uns wendet, bekommt der Vorgesetzte keine Rückmeldung mehr“, betont Bönigk. Somit soll die Vertraulichkeit sichergestellt werden. Ein Chef kann zwar einem Mitarbeiter raten, auf psychologische Unterstützung zurückzugreifen. Es steht ihm jedoch nicht zu, ihn dazu zu zwingen. „Der psychosoziale Dienst soll nicht als Zwangsbegutachtung, sondern als Hilfsangebot wahrgenommen werden“, fügt Paulette Lenert hinzu.

Die Gründe, warum Menschen in Kontakt mit dem psychosozialen Dienst treten, sind vielfältig. Die meisten melden sich infolge eines Konflikts innerhalb ihres Teams. Rängeleien spielen sich also weniger auf der Chefebene ab, bestätigt Mareike Bönigk. Die zweithäufigsten Fälle sind Personen, die sich in einer allgemeinen Lebenskrise befinden, deren Ursachen aber längst nicht immer rein beruflicher Natur sind.

An dritter Stelle folgen Vorgesetzte, die den Eindruck haben, dass einer ihrer Angestellten Hilfe benötigt, ohne zu wissen, wie sie mit der Situation umgehen sollen. Nicht selten nehmen auch alkohol- und drogenabhängige Personen den psychosozialen Dienst in Anspruch.

500 Einsätze

Allein in diesem Jahr griff der „service psychosocial“ rund 500 Mal ein. Dazu gehören unter anderem Telefonberatungen mit Menschen, die in einer tiefen Krise stecken, sowie die Beratung von Verwaltungen, die einer spezifischen Belastung ausgesetzt sind. Seit Jahresbeginn haben sich insgesamt 200 Personen Hilfe vom psychosozialen Dienst geholt. Frauen und Männer halten sich dabei die Waage.

Die Mehrheit der Hilfesuchenden traten aufgrund eigener Recherchen mit dem psychosozialen Dienst in Kontakt. Andere wurden von Arbeitskollegen darauf aufmerksam gemacht. Inzwischen ermutigen auch die Gewerkschaften ihre Mitglieder, das Angebot zu nutzen.

Bislang waren lediglich zwei Mitarbeiterinnen beim psychosozialen Dienst beschäftigt. Ab Oktober stößt eine dritte Psychologin hinzu. Das Team soll in den kommenden zwei Jahren durch vier zusätzliche Mitarbeiter verstärkt werden.

Keine psychotherapeutische Betreuung

Trotz dieser Personalaufstockung könne man nicht jedem Hilfesuchenden eine psychotherapeutische Betreuung anbieten, stellt die Verantwortliche des psychosozialen Dienstes klar. „Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Betroffenen das Problem zu analysieren, um dann die Prioritäten für den weiteren Lösungsweg festzulegen“, so Bönigk.

Oft reiche eine gründliche Bestandsaufnahme aus, damit die Betroffenen wieder alleine klarkommen und selbstständige Entscheidungen treffen. Ist dies nicht der Fall, werden sie an Spezialisten weitergeleitet. Dabei greift man auf ein weitgespanntes Netzwerk zurück, das sich aus Psychiatern, Psychotherapeuten, Selbsthilfegruppen, diversen Vereinigungen ohne Gewinnzwecke und Gewerkschaften wie die CGFP zusammensetzt.

Der psychologische Dienst trägt Sorge dafür, dass die beschlossenen Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Falls erwünscht – und nur dann – unterstützt das Expertenteam auch jene Personen, die nach einer psychischen Erkrankung Angst davor haben, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Die Hilfe wird niemandem aufgezwungen. Vorrangig ist, dass der Mitarbeiter, der krankgemeldet war, das Gesicht wahr.

In Gesprächen mit seinem Vorgesetzten und seinen Mitarbeitern soll die Rückkehr vereinfacht werden. Außerdem erhält die Abteilung Ratschläge, wie man Frühwarnzeichen erkennt, damit nicht erneut eine Krise eintritt.

Eine Anlaufstelle für Mobbing

Der psychosoziale Dienst ist auch die Anlaufstelle für öffentliche Bedienstete, die sich gemobbt fühlen. Der Begriff „Mobbing“ stammt aus dem Englischen („to mob“, also anpöbeln, schikanieren) und das trifft den Punkt. Von Mobbing spricht man, wenn eine Person an ihrem Arbeitsplatz auf systematische Weise über mindestens sechs Monate hinweg wenigstens einmal pro Woche einer feindseligen Handlung ausgesetzt ist.

Inwiefern dieses Phänomen in den staatlichen Verwaltungen verbreitet ist, sei derzeit schwer abzuschätzen, so Lenert. Personen, die der Ansicht sind, dass sie gemobbt werden, können einen Antrag auf Schutz vor Mobbing stellen. Anschließend wird eine professionelle Untersuchung von Experten eingeleitet, um der Sache auf den Grund zu gehen.

Diese Prozedur, die nur selten eintritt, wird derzeit überarbeitet. Mit deren Inkrafttreten ist nicht auszuschließen, dass mehr Mobbing-Fälle gemeldet werden als bislang. Schon jetzt ist vor der eigentlichen Prozedur eine informelle Beratungsphase vorgesehen.

Wie lässt sich überprüfen, ob das mutmaßliche Opfer tatsächlich gemobbt wird, und dass es sich nicht bloß um ein rein subjektives Gefühl



handelt? Um diese Herausforderung zu meistern, führen die Experten des psychosozialen Dienstes gemeinsam mit der betroffenen Person in dieser informellen Beratungsphase eine Analyse durch.

Im Nachhinein stelle sich oft heraus, dass es sich um einen Dauerkonflikt handele, der sich lediglich verschärft habe, sagt Bönigk. Letztendlich blieben nur noch sehr wenige Fälle übrig, die wirklich in das Raster von Mobbing fallen. Diese werden dann beraten, wie

sie die formelle Prozedur angehen können und werden auch während dieser weiterhin psychologisch unterstützt, wenn sie das wünschen.

Höhere psychosoziale Belastung für manche Berufsgruppen

Öffentliche Bedienstete, die in direktem Kontakt mit den Bürgern stehen, sind übrigens den psychosozialen Gefahren weitaus mehr ausgesetzt als

jene, die im Büro arbeiten, unterstreicht Bönigk. Polizisten, die oft mit Personen zu tun haben, die sich in einer prekären Lage befinden, sind mit einer hohen psychosozialen Belastung konfrontiert. Gleiches gilt unter anderem auch für Lehrkräfte, Busfahrer und jene, die einen sozialen Beruf ausüben.

Ein Jahr nach seiner Gründung ist der psychosoziale Dienst vorwiegend durch Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt geworden. Das Ministerium verzichtete bewusst darauf, sofort die Werbetrommel zu rühren.

„In einer ersten Phase war man darauf bedacht, ein klares Konzept auszuarbeiten“, betont die Erste Regierungsrätin Paulette Lenert. Wie wird Vorbeugung definiert? Welche Dienstleistungen werden angeboten? Wie kann die Vertraulichkeit gewährleistet werden? All diese Fragen galt es im Sozialdialog zu klären. Die CGFP wurde in die jeweiligen Arbeitsgruppen eingebunden. Lenert zeigt sich erfreut, dass das Gesamtkonzept nach nur einem Jahr steht.

Das zuständige Ministerium ist darum bemüht, den Bekanntheitsgrad des psychosozialen Dienstes zu steigern. In diesem Sinne wurde Informationsmaterial erstellt. Weitere nützliche Hinweise sind auf dem Internetportal des Ministeriums verfügbar. Am 29. September wird der „service psychosocial“ den Verantwortlichen der Personalabteilungen sämtlicher Ministerien und Verwaltungen offiziell vorgestellt.

Max Lemmer

CGFP Website

immer
aktuell unter
www.cgfp.lu

Schule und Wertevermittlung als Prävention gegen Radikalisierung

Öffentliche Anhörung über die Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention gegen die Radikalisierung junger Menschen – Claude Heiser spricht im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

In seiner Funktion als Vorsitzender des Berufsrats EDUC (Erziehung, Ausbildung und Forschung) der Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (CESI) hielt Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, am 7. September 2017 in Brüssel, im Rahmen einer von dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierten öffentlichen Anhörung, einen Vortrag über die Rolle des Bildungswesens in der Prävention gegen die Radikalisierung junger Menschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

kurz nach dem Attentat gegen die Mitarbeiter der Satire-Zeitschrift *Charlie Hebdo* entscheidet Frankreich eine große Mobilmachung der Schule zur Förderung der republikanischen Werte. Die Schule müsse eine wesentliche Rolle in der Behebung der durch die fundamentalistisch motivierten Gewalttaten hervorgerufenen Krisensituation spielen. Und in der Tat können Justiz-, Sicherheits- und Ordnungsbehörden geplante Straftaten vereiteln bzw. begangene Straftaten verfolgen, fest steht aber, dass sie punkto Radikalisierung lediglich zu *reagieren* vermögen, da die Täter bzw. potentiellen Täter bereits radikalisiert sind oder dabei sind, sich zu radikalisieren.

Geht es vielmehr um die Radikalisierungsprävention, so muss die ausschlaggebende Rolle der Schule *erkannt* und *anerkannt* werden, da sie einen sozialen Raum darstellt, in dem Kinder und Jugendliche regelmäßig und über einen relativ langen Zeitraum anzutreffen sind. Während Präventionsprogramme gegen schädliche Phänomene wie Gewalt, Diskriminierung und Drogenmissbrauch bereits seit längerem fester Bestandteil des schulischen Alltags sind¹, steckt die Radikalisierungsprävention in Bezug auf eine wissenschaftliche Fundierung und systematische Durchführung noch eher in den Kinderschuhen.

Im Folgenden möchte ich kurz auf bestehende Strukturen und Methoden gegen die Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen eingehen, um anschließend der Frage nachzugehen, was die Akteure (vor allem Lehrkräfte) benötigen, um effizienter einer möglichen Radikalisierung entgegenwirken zu können, bzw. mit welchen Hindernissen sie konfrontiert werden.

Bestehende Strukturen und Methoden gegen Radikalisierung

Die wesentlichen Maßnahmen, die wir in verschiedenen Ländern der Europäischen Union vorfinden, können meines Erachtens in drei unterschiedliche Themenkomplexe gegliedert werden: curriculare Bemühungen, im weitesten Sinn sozialpädagogische Aspekte und schließlich außerschulische Bestrebungen. Vorausgeschickt soll ebenfalls werden, dass in den meisten europäischen Staaten bereits Präventionsprogramme entwickelt worden sind, in denen Bildung und Erziehung jeweils eine nicht unwesentliche Rolle spielen.



Was den **curricularen Aspekt** betrifft, so wurden in vielen EU-Ländern neue Fächer ins Leben gerufen, die die politische Bildung fördern, indem sie europäische Themen, Bürgerkunde, die objektive, konfessionsungebundene Betrachtung der Weltreligionen und ethische Fragen in den Mittelpunkt rücken. So zum Beispiel das EMC-Programm (enseignement moral et civique) in Frankreich². Ferner gibt es die Bestrebungen, ethische, geopolitische und europäische Themen in die Curricula bestehender Fächer wie Geschichte, Philosophie, Geographie oder Literatur zu integrieren.



Auf **sozialpädagogischer Ebene** gibt es die Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen, an die sich die Akteure des Bildungs- und Erziehungssektors wenden können. Informationsmaterial wird bereitgestellt, um die Beteiligten über Radikalisierung aufzuklären, ihnen mitzuteilen, wie und wo man sich Hilfe holen, mit welchen außerschulischen Partnern man zusammenarbeiten kann. Weiterbildungsseminare über die Phänomene der Radikalisierung, über ihre Bekämpfung, über Symptome und Warnsignale werden angeboten. So zum Beispiel das Hamburger Netzwerk *Prävention und Deradikalisierung*, in dem viele verschiedene Akteure zusammenarbeiten (Spezialisten aus dem psychologischen Bereich, Sicherheitsfachleute, Mitarbeiter aus Jugendschutz und Sozialarbeit), um optimale professionelle Hilfe zu gewährleisten.³ Ein weiteres Beispiel wäre das *Programme de sensibilisation et d'aide aux parents et familles* in der Region *Bruxelles-Wallonie*.⁴

Schließlich sollen **außerschulische Veranstaltungen** Jugendliche auf handlungsorientierte Weise und in ihrem unmittelbaren Erfahrungsbereich mit dem Phänomen der Radikalisierung konfrontieren – so zum Beispiel das Theaterstück *Djihad* in Belgien. Europa und dessen Werte wiederum können durch Schüleraustausch innerhalb der EU oder das *Modern European Parliament* nähergebracht werden.

Hindernisse und Forderungen

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, an dieser Stelle und als Überleitung zur Darstellung etwaiger Hindernisse und Forderungen bereits einige kritische Bemerkungen zu äußern.

Mit Sicherheit brauchen wir mehr Europa, sei es in bestehenden Fächern curricular verankert, sei es als eigenständige Fachrichtung. So lange aber jeder Mitgliedsstaat sein eigenes Süppchen nach bestem Wissen und Gewissen kocht, wird das Ergebnis aufgrund einer sehr unterschiedlichen Herangehensweise und Akzentsetzung eher dürrig ausfallen. Kaum ein Jugendlicher kennt die wesentlichen Ereignisse in der Entstehung Europas; vielmehr vernimmt er die Unkenrufe der Euroskeptiker, die in sozialen Netzwerken die vermeintlich undurchschaubare Bürokratie der Euro-Technokraten marktschreierisch anprangern. Nur wenige Jugendliche sind sich der Vordenker, der Philosopheme und der grundlegenden Texte, auf denen unsere abendländischen Werte fußen, bewusst. Was bedeuten überhaupt unsere so hochgepriesenen Werte wie Freiheit und Gleichheit? (Immerhin gibt es sehr unterschiedliche philosophische Auffassungen von diesen Werten.) Diese Fragen gilt es,

einheitlich – vielleicht durch die Einführung eines europaweit einheitlichen spezifischen Fachs – an den Schulen in Europa zu behandeln, und dazu bedarf es einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Staaten unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission.

Ein weiteres, eher pädagogisches Problem: Theoretische Lernsequenzen bleiben Theorie, eine Schublade, die ein Schüler nach Belieben oder Notwendigkeit öffnet oder schließt, d.h., theoretische Überlegungen sind des Öfteren weit von dem Erfahrungshorizont eines jungen Menschen entfernt. Vielmehr müssen Werte *gelebt* und *erlebt*, sie müssen unmittelbar *erfahren* werden können.

Insofern müssen theoretische Lernsequenzen durch praktische Erfahrung ergänzt werden, und hier spielt die sogenannte *Schulkultur* eine wesentliche Rolle. Schulische Wertevermittlung als Teil einer umfassenden politischen Bildung muss in vielfältiger Weise emotionale, handlungsorientierte und soziale Ziele im Blick haben: Nichtdiskriminierung kann im Sportunterricht, in Theateraktivitäten, beim Schüleraustausch erlebbar werden. Miteinander schafft Verständnis, Vertrauen, baut Ängste ab und mindert das Gefühl des Ausgeschlossenenseins oder der Minderwertigkeit (all das hat präventive Funktion).

Die demokratiepädagogische Verantwortung einer Schule liege darin, so Kurt Edler in seinem Beitrag *Umgang mit Radikalisierungstendenzen in Schulen*, mit etablierten Foren wie unter anderem Klassenrat und Schülerkonferenz Gelegenheiten für die Entwicklung einer demokratischen Persönlichkeit zu bieten und Schüler für totalitäre Machtphantasien durch Konfliktfähigkeit, Ambiguitätstoleranz und Freude am Diskurs unzugänglich zu machen. In einer Schule, in der solch eine Kultur gepflegt werde, finde derjenige, der anderen die Unterwerfung unter eine religiöse Despotie empfehle, kaum Anklang.⁵

Schulkultur verlangt notwendiges Personal, eine effiziente Unterrichtsplanung sowie eine den Lernprozess unterstützende und das Miteinander fördernde Infrastruktur. Solange Lehrkräfte aus finanziellen Gründen überfüllte Klassen betreuen müssen, Schulinfrastrukturen eher stiefmütterlich behandelt werden, solange in gewissen europäischen Ländern das Lehramt für junge Menschen wegen zum Teil desolater Arbeitsbedingungen unattraktiv bleibt, wird eine effiziente Wertevermittlung, wie gerade beschrieben, kaum möglich sein. Die



Schule habe Michael Kiefer zufolge in den vergangenen Jahrzehnten neben dem traditionellen Bildungsauftrag stets neue Aufgabenfelder bewältigen müssen, so zum Beispiel zunehmend erzieherische Aufgaben, die offenbar in manchen Elternhäusern nur noch unzureichend bewältigt werden könnten. Lehrkräfte sähen sich oft mit einem stets wachsenden Aufgabenfeld konfrontiert, was viele Akteure an die Grenze der Belastungsfähigkeit geführt habe.⁶ Muss also Schule zukünftig qualitativ wie quantitativ mehr als bisher leisten, müssen auch die finanziellen und materiellen Ressourcen deutlich verbessert werden.

Was die Schaffung von Anlaufstellen und Plattformen betrifft, so ist eine engere Zusammenarbeit zwischen allen Schulpartnern und Behörden unumgänglich. Des Öfteren bleibt heutzutage die Kommunikation zwischen „Behörden“ wie zum Beispiel Schule, Polizei, Jugendamt gestört, da jeder eher seinem spezifischen Geschäft nachgeht und ganz unterschiedlich mit einem Thema wie Radikalisierung umgeht. Insofern müssen zum Teil amtliche, zum Teil berufsspezifische Hürden abgebaut und eine engere Vernetzung aller Personen, die für die Betreuung Jugendlicher im weitesten Sinn zuständig sind, angestrebt werden.

Lehrkräfte werden auch heutzutage noch meistens *klassisch* ausgebildet, d.h. vor allem als Wissensvermittler; oft besteht das pädagogische Begleitstudium aus weiteren theoretischen Konzepten der Didaktik und Erziehungswissenschaft. Die Schule darf aber als Teil der Gesellschaft nicht die Realität verdrängen. Sie muss sich den Problemen stellen, den Entwicklungen anpassen. Lehrkräfte müssen somit auch Gesprächspartner und Erzieher sein, die über die nötigen menschlichen Qualitäten wie Empathie und Fähigkeiten in Konfliktmanagement verfügen, was eine entsprechende Aus- und Fortbildung erfordert. Neben Gewalt- und Suchtprävention fordert die Radikalisierungsprävention neue Kenntnisse und Methoden, so dass, wie Kurt Edler schreibt, „Lehrkräfte nicht in Schablonen denken und im Sinne einer Dramatisierung oder Verharmlosung unprofessionell handeln.“⁷

Letztlich muss die Schule als staatliche Einrichtung, als Institution gestärkt werden. Wenn die Schule jungen Menschen gesellschaftliche Werte vermitteln soll, dann muss sie auch dementsprechend von der Gesellschaft unterstützt werden, was des Öfteren nicht der Fall ist. Heutzutage werden schulische Maßnahmen oder Entscheidungen eher in Frage gestellt als akzeptiert. Die Unterstützung von Seiten des Staates ist zum Teil eher zurückhaltend. Deshalb ist es wichtig, dass der Schule wieder die nötige Autorität zuerkannt wird, so dass auch hier klar und deutlich wird, was akzeptabel und was inakzeptabel ist. Die Schule darf nicht darauf verzichten, den Jugendlichen und ggf. ihren Eltern die Grenzen dessen aufzuzeigen, was in einer aufgeklärten, modernen europäischen und demokratischen Gesellschaft akzeptabel ist: „Wir müssen Grenzen ziehen“,



fordert Kurt Edler, „weil Demokratie nicht nur eine Regierungsform, sondern auch eine Lebensform ist.“⁸

Konkrete Hilfestellung von Seiten der EU

Welche konkrete Hilfestellung kann nun die EU in Bezug auf die Prävention gegen Radikalisierung leisten?

Wie bereits erwähnt, wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten auf EU-Ebene, was die curricularen Aspekte betrifft, förderlich. Soll es darum gehen, mehr Europa in die nationalen Lehrinhalte zu integrieren, so sollte die Kommission eine Empfehlung über europäische und nationale Inhalte bzw. Werte, die an öffentlichen Schulen gefördert und angewandt werden sollten, geben und diesbezüglich einschlägiges Informationsmaterial und didaktisches Material zur Verfügung stellen.

Ferner sollte die Kommission europäische Projekte wie Erasmus+ oder Schüleraustausch, Synergien zwischen europäischen Schulen durch eine finanzielle Unterstützung und eine Vereinfachung der amtlichen Schritte intensiver fördern.

Letztlich muss die Zusammenarbeit, der sogenannte Austausch von *best practises* im Bereich Bildung und Erziehung, auch wenn diese dem Subsidiaritätsprinzip unterliegen, intensiviert werden, denn nur mit Appellen nach der „Förderung von kritischem Denken“ oder nach „verbesserter Medienkompetenz“ wird es keine Veränderungen geben, und jedes EU-Programm wird sein Ziel verfehlen, wenn es bei Deklamationen aus Brüssel bleibt und in den Hauptstädten der EU das kollektive Weghören gepflegt wird.

Relativierung: Schule kann nicht alles

Habe ich, meine Damen und Herren, die wesentliche Rolle der Schule zu Beginn meines Vortrags hervorgehoben und auf Stärken bzw. Schwächen hingewiesen und vielleicht einige idealistische Vorstellungen geäußert, so

möchte ich mit etwas bodenständigeren Thesen abschließen.

Die Schule kann nicht alles. Können wir wirklich durch Wertevermittlung und Projektarbeit Gräueltaten wie in Paris und Brüssel vermeiden? Meines Erachtens kaum: Keine Schule und keine Lehrkraft kann das reparieren oder auch nur ausgleichen, was gesamtgesellschaftlich mangelhaft ist oder falsch läuft. Materielle Notlagen, berufliche Perspektivlosigkeit und die damit verbundene Hoffnungslosigkeit sind stärker beeinflussende Faktoren, als es Schule und Unterricht je sein können.

Die Schule, und somit unsere westliche Gesellschaft, muss ihre *Werte bedingungslos verteidigen*. Unsere Verfassung geht von der angeborenen Würde des Menschen und von dessen freier Entfaltung aus. Alles, was darüber hinausgeht, darf weder toleriert noch relativiert werden, weil jedwede Infragestellung der angeborenen Würde des Menschen *per se* unmenschlich ist. Und dieser Werte braucht man sich nicht zu schämen, und diese Werte müssen von jedem, der in unserer Gesellschaft leben möchte, akzeptiert werden. Mit der Akzeptanz von Diversität, mit der Toleranz muss spätestens dann Schluss sein, wenn unsere grundlegenden demokratischen Werte infrage gestellt werden.

Labilen und verunsicherten Jugendlichen bietet unter anderem der Salafismus einen Lebensentwurf mit einfachen Regeln und Glaubenssätzen, an denen sie sich orientieren können, der ihnen das Gefühl vermittelt, einer „elitären Gemeinschaft“ anzugehören. Laut Bundesverfassungsschutz wächst der Salafismus überall dort, wo sich junge Menschen auf der Suche nach Antworten auf die Fragen nach Identität, Zugehörigkeit und dem Sinn im Leben befinden.⁹ Auch unsere demokratischen und aufgeklärten Werte bieten zweifelsohne die Grundlage für einen identitätsstiftenden Lebensentwurf. Die Aufgabe unserer Gesellschaft – und somit auch die Aufgabe unserer Schulen – ist es, diese Werte wieder

als einzig gangbaren Weg jungen Menschen vorzuleben und zu vermitteln.

Abgesehen von allen theoretischen Betrachtungen, die mit Sicherheit auch einen Beitrag gegen die Radikalisierung darstellen, ist die wichtigste Maßnahme, die die Schule ergreifen kann, die Sorge, ein friedliches und vorurteilsfreies, ein *menschliches* Zusammensein und Miteinander zu gewährleisten. Religion, Ethnie oder sexuelle Orientierung werden immer Diskussionsstoff in einer Schule bleiben, da sie mit Menschen zu tun hat, und diese Themen jeden Menschen auf irgendeine Weise betreffen. Darüber hinaus dürfen sie aber keine Rolle spielen.

1. Vgl. Michael KIEFER: Prävention gegen neosalafistische Radikalisierung in Schule und Jugendhilfe. Voraussetzungen und Handlungsfelder, 22.9.2015, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/212435/paevention-in-schule-und-jugendhilfe>, zuletzt eingesehen am 10.8.2017.

2. Vgl. Guide interministériel de prévention de la radicalisation, fiche 35: Rôle préventif de l'école: approche socio-éducative, mars 2016, in: https://www.interieur.gouv.fr/contenu/telechargement/2594562/25738275/25738275_guide-prevention-radicalisation2016.pdf&usq=AFQjCNF-CD0cLfOK-dE-bIFK4WQKRcYqGA, zuletzt eingesehen am 10.8.2017.

3. Vgl. Kurt EDLER: „Schulen sollten nicht alles alleine machen“, 3.9.2015, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211582/wie-koennen-schulen-reagieren>, zuletzt eingesehen am 10.8.2017.

4. Vgl. Un Plan de prévention contre le radicalisme à l'école, in: http://en.seignement.be/download.php?do_id=11088, zuletzt eingesehen am 10.8.2017.

5. Vgl. Kurt EDLER: Umgang mit Radikalisierungstendenzen in Schulen – Rechtliche und pädagogische Hinweise für die Praxis, 10.1.2016, in: <http://ufuq.de/umgang-mit-radikalisierungstendenzen-in-schulen-rechtliche-und-paedagogische-hinweise-fuer-die-praxis>, zuletzt eingesehen am 10.8.2017.

6. Vgl. Michael KIEFER: Prävention gegen neosalafistische Radikalisierung, op. cit.

7. Vgl. Kurt EDLER: „Schulen sollten nicht alles alleine machen“, op. cit.

8. Kurt EDLER: Umgang mit Radikalisierungstendenzen, op. cit.

9. Vgl. Salafistische Bestrebungen in Deutschland, hrsg. v. Bundesamt für Verfassungsschutz und Landesbehörden für Verfassungsschutz, 2012, S.14-15.



Comité économique et social européen
European Economic and Social Committee



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:

www.cgfp.lu

„Raus aus dem Silodenken“

Am 22. September fand beim FGFC-Kongress ein Führungswechsel statt. Der amtierende Präsident Daniel Cardarelli verabschiedete sich in den Ruhestand. Für ihn rückt der langjährige Generalsekretär Marco Thomé nach. Der 56-Jährige will die Gewerkschaft des Gemeindepersonals neu ausrichten. Im Gespräch mit „fonction publique“ geht Thomé auf seine Zukunftspläne ein.

Herr Thomé, als Generalsekretär haben Sie zehn Jahre lang die FGFC maßgeblich mitgestaltet. Was hat Sie dazu bewegt, sich dieser neuen Herausforderung als FGFC-Präsident zu stellen?

Die Entscheidung, die Nachfolge von FGFC-Präsident Daniel Cardarelli anzutreten, beruht auf einem Reformprozess, der 2014 begann und bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Uns schwebt vor, die FGFC, die vor 105 Jahren gegründet wurde, von Grund auf zu reformieren. In diesem Sinne haben wir beim jüngsten Kongress neue, provisorische Statuten verabschiedet.

Was wollen Sie in Ihrem neuen Amt bewirken?

Um die Reformen umsetzen zu können, muss in unseren eigenen Reihen Ruhe herrschen. Als Präsident will ich Sorge dafür tragen, dass in den kommenden drei Jahren keine Personaldiskussionen aufkommen. Ziel ist es, innerhalb dieses Zeitraums, in Zusammenarbeit mit einem jungen, dynamischen Team, das wir auf eine originelle Art und Weise ausgewählt haben, eine neue FGFC aus der Taufe zu heben.

Wieso ist dieser Schritt notwendig?

Das derzeitige Modell hat meiner Ansicht nach wenig Zukunft. So wie die FGFC jetzt aufgestellt ist, wird es für sie mittelfristig schwierig sein, als Gewerkschaft inhaltlich und kommerziell zu überleben. Es ist kein Geheimnis, dass das freiwillige Engagement nicht mehr so ausgeprägt ist wie früher. Darunter leiden nicht nur die Gewerkschaften. Ich bin aber optimistisch, dass es noch immer möglich ist, junge Menschen zu motivieren, sich an Projekten zu beteiligen, vor allem, wenn diese die Arbeit und das Leben betreffen.

Woher nehmen Sie diesen Optimismus?

Ich glaube herausgefunden zu haben, dass ein Großteil der Menschen nicht mehr bereit ist, sich dauerhaft in einer Gewerkschaft zu engagieren. Sie bevorzugen es, sich punktuell einzubringen. Damit dieses Unterfangen gelingt, müssen wir das bisherige „Silodenken“ abbauen: Wenn man neue Köpfe in alte Strukturen steckt, ist das Projekt im schlimmsten Fall zum Scheitern verurteilt.

Wie lautet ihr Lösungsansatz?

Dem Exekutivbüro gehörten bislang ausschließlich Mitglieder der Fachverbände an. Wir wollen Abstand von diesem politischen Modell gewinnen, indem wir unser Spektrum erweitern. Im Rahmen der „Go Team“-Kampagne haben wir all jene Mitglieder, die interessiert sind, mit uns zusammenzuarbeiten, dazu aufgefordert, sich bei uns zu melden.

Welche Bilanz ziehen Sie?

Anhand eines Fragebogens haben wir analysiert, über welche Kompetenzen die Beteiligten verfügen. Nach vier Tagen Teambuilding sind letztendlich



„So wie die FGFC derzeit aufgestellt ist, wird es für sie mittelfristig schwierig sein, als Gewerkschaft inhaltlich und kommerziell zu überleben“, betont FGFC-Präsident Marco Thomé.

noch 20 bis 30 Personen übriggeblieben. Sie sollen sich in den kommenden drei Jahren mit den Problemen im kommunalen Sektor befassen und Lösungsvorschläge ausarbeiten. Daraus soll sich eine neue FGFC entwickeln, mit vielleicht ganz neuen Strukturen und einer anderen Herangehensweise.

Befürchten Sie nicht, dass zu viele Köche den Brei verderben?

Uns ist schon klar, dass sich das künftige Exekutivbüro nicht aus 20 bis 30 Mitgliedern zusammensetzen kann. Innerhalb des neuen Teams wird sich in den nächsten drei Jahren herausstellen, wer die nötigen Kompetenzen aufweist, um Verantwortung im Exekutivbüro zu übernehmen. Wir versuchen ein ganz neues Team aus dem Boden zu stampfen. Bereits jetzt steht fest, dass vier Mitglieder des aktuellen Exekutivbüros in drei Jahren nicht mehr für eine weitere Amtszeit kandidieren werden. Derzeit gehören fünf Personen dem Exekutivbüro an. Die Zahl kann zu einem späteren Zeitpunkt auf sieben, maximal neun Mitglieder erhöht werden.

Wie soll die künftige Ausrichtung der FGFC aussehen?

Bislang war die FGFC eine Dachorganisation. Das Hauptaugenmerk lag auf Lohnforderungen im kommunalen Sektor. Ziel ist es, unsere Tätigkeiten zu diversifizieren, indem wir zahlreiche Dienstleistungen anbieten. Künftig sollen unsere Mitglieder nicht nur in rein beruflichen Angelegenheiten von uns Unterstützung erhalten. Wir wollen auch eine Anlaufstelle sein für Mitglieder, die mit persönlichen Problemen außerhalb des Jobs konfrontiert sind.

Wie wollen Sie das stemmen?

Indem wir mit den sozialen Anbietern im In- und Ausland stark vernetzt sind. Falls z.B. eine Person mit einem Alkoholproblem zu kämpfen hat, soll der erste Reflex sein, Kontakt mit uns aufzunehmen. Auch Menschen, die zum Beispiel überschuldet sind oder Fragen zur Rückerstattung eines Tarifs der Gesundheitskasse haben, sollen sich an uns wenden können. Allgemein habe ich das Gefühl, dass die Menschen vielleicht gerade wegen der allgegenwärtigen Informationsflut, eine permanent neue Ausrichtung im Alltag brauchen. Hierbei wollen wir unseren Mitgliedern helfen.

Sind noch weitere Änderungen vorgesehen?

Ziel ist es, ähnlich wie in den Kommunen, die Mitglieder in vier Säulen aufzuteilen: Verwaltung, Finanzen, sowie die technischen und soziokulturellen Aufgabenbereiche. Hinzu kommt noch die Betreuung unserer pensionierten Mitglieder. Auf einer digitalen Plattform sollen die Mitglieder interaktiv zusammenarbeiten und Fragen aufwerfen können.

Die FGFC verzichtet neuerdings auf einen Generalsekretär. Welche Überlegung steckt dahinter?

In unseren Statuten lassen wir in der Tat den Posten des Generalsekretärs vorerst ruhen. Sollte unser „comité directeur“ jedoch den Wunsch äußern, den Posten wieder neu zu besetzen, spricht nichts dagegen, vorausgesetzt, es gibt einen Kandidaten, der über die nötige Mehrheit verfügt. Mir geht es nicht darum, innerhalb der FGFC in irgendeiner Form Macht auszuüben, sondern aufgrund meiner jahrelangen Erfahrung junge Leute zu begleiten.

Wie groß ist die Bereitschaft innerhalb der FGFC, den Reformprozess zu begleiten?

Bislang stieß unser Vorhaben intern nur auf wenig Widerstand. Das Exekutivbüro hat für seinen Mut, eine neue Richtung einzuschlagen, viel Respekt geerntet. Oft wird uns jedoch die Frage gestellt, wie wir das Ganze konkret umsetzen möchten.

Und wie lautet Ihre Antwort?

Alleine schaffe ich das nicht. Ob wir mit unserer Idee bis 2020 durchstarten können und Erfolg damit haben werden, muss sich erst zeigen. Aus Angst untätig zu bleiben, wäre ein Rückschritt und würde mittelfristig zu gravierenden strukturellen Problemen führen. Tatsache ist, dass wir an der Organisationsstruktur und an dem Abstimmungsverfahren der FGFC bis 2020 nichts ändern werden. Die Fachorganisationen behalten das Sagen wie zuvor. Die Reformen können zudem nicht von oben nach unten aufgezwungen werden.

Im Herbst vergangenen Jahres hatten Sie sich darüber beschwert, Kommunalpolitiker würden oft nicht über die nötige Sach- und Sozialkompetenz verfügen. Bleiben Sie bei Ihrer Meinung?

Es hat sich in dieser Hinsicht nichts verbessert. Mir ist nicht daran gelegen, einen Streit anzuzetteln, doch Fakt ist, dass die gesellschaftlichen Veränderungen von vielen Kommunalpolitikern noch immer nicht wahrgenommen werden. In manchen Gemeinden lässt es die Politik z.B. zu, dass ihre Mitarbeiter gemobbt werden. Ein modernes Personalmanagement sieht anders aus.

Im Juli wurde im Parlament eine Reform verabschiedet, die mit sich bringt, dass das Dienstrecht, wie es seit 2015 beim Staat angewendet wird, nun auch für die Gemeinden gilt. Was bedeutet das konkret für den kommunalen Sektor?

Vor einem Jahr hatte die FGFC einen freiwilligen „Permis de gestion communale“ für die gewählten Vertreter gefordert, damit sie lernen, die Geschicke einer Gemeinde zu leiten. Persönlich bin ich der Meinung, dass man die Menschen nicht nur aufgrund ihrer Diplome bewerten darf, sondern auch die sozialen Kompetenzen („Leadership“) mit einfließen müssen. Das gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für die Beamten.

Wie stehen Sie der Führung durch Zielvereinbarung („gestion par objectifs“) gegenüber, die jetzt auch auf kommunaler Ebene eingeführt wird?

Die gesamte Organisationsstruktur der Gemeinden muss überprüft werden, was an sich eine gute Sache ist. Auch wehren wir uns nicht gegen die bevorstehenden Mitarbeitergespräche und gegen die Bewertungskultur, die nun eintritt. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es ein Weißbuch („ligne de conduite“) gibt. Es muss sichergestellt werden, dass es in den 105 Gemeinden des Landes eine gemeinsame Vorgehensweise gibt. Das ist derzeit leider nicht der Fall.

Woran hapert es?

Die FGFC hat keinen Ansprechpartner. Das Gemeindesyndikat Syvicol kann diesbezüglich nichts bewirken, da ihm die nötigen Mittel dazu fehlen. Zudem sehen seine Statuten nichts dergleichen vor.

Wäre das Innenministerium kein Ansprechpartner für sie?

Das Innenministerium vermeidet es, sich einzumischen und verweist auf die kommunale Autonomie. Als Gewerkschaft sind uns die Hände gebunden.

80 Prozent der Delegierten in den Gemeinden gehören der FGFC an. Könnten Sie nicht auf diese Weise Ihrer Forderung Nachdruck verleihen?

In Luxemburg wird den Delegationen kein Gehör geschenkt. Es wird zwar so getan als ob es Personalvertreter gäbe, doch im Grunde genommen fehlt es sehr oft an Substanz. Manchmal sind die Politiker und die Gemeindemitarbeiter unfähig, vor Ort vernünftig miteinander zu reden. Gleiches trifft gelegentlich zu, wenn unsere Mitglieder sich untereinander verständigen. Darüber kann ich nur den Kopf schütteln.

Seit dem Jahr 2000 gibt es einen Kooperationsvertrag zwischen der CGFP und der FGFC. Worauf soll sich diese Zusammenarbeit fokussieren?

Die Beziehungen zwischen beiden Gewerkschaften sind ausgezeichnet. Wir sind mit dem, was die CGFP in den vergangenen Jahren für die öffentlichen Bediensteten ausgehandelt hat, im Großen und Ganzen sehr zufrieden. Unsere Mitglieder ziehen einen Nutzen daraus. Die enge Zusammenarbeit soll unseres Erachtens nach noch vertieft werden, insbesondere dort, wo es noch Schwachstellen gibt. Tabus, die zum Teil schon von der Politik thematisiert

werden, sollen dabei nicht ausgeklammert werden.

Zum Beispiel?

Ich denke da z.B. an die Digitalisierung. Ein weiterer Punkt betrifft das öffentliche Statut, von dem wir auf keinen Fall Abstand gewinnen können. Im kommunalen Sektor ist letzteres allerdings einem wesentlich höheren Druck ausgesetzt als beim Staat. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die mächtige CGFP uns zur Seite steht, um die nötigen Änderungen herbeizuführen.

Ähnlich wie die CGFP fordert auch die FGFC die Abschaffung der 80/80/90-Regelung während der „Stage“-Zeit. Wie zuversichtlich sind Sie, dass ihre Forderung erfüllt wird?

Die Einführung dieser Regelung ist grober Unfug, zumal jetzt schon gewusst ist, dass das Praktikum in den Gemeinden nicht umgesetzt wird. Stellt eine Gemeinde eine Person ein, wird diese sofort zu 100 Prozent eingesetzt. Die Betroffenen erhalten dafür während der ersten drei Jahren weniger Lohn. Wenn eine Regierung einen derartigen Entschluss fasst, kann dies nur bedeuten, dass im Interesse der Arbeitgeber



in der Privatwirtschaft gehandelt wurde. Die 80/80/90-Regeung geht auf Kosten der kommenden Generationen und verschärft das Rekrutierungsproblem beim Staat und bei den Gemeinden. Meiner Ansicht nach muss diese umstrittene Regelung rückgängig gemacht werden. Selbst Dan Kersch, Minister für den öffentlichen Dienst, hält das Ganze für Quatsch und weist darauf hin, dass er die 80/80/90-Regelung von der vorigen Regierung übernommen habe.

Max Lemmer

Eine Ära geht zu Ende

Am 22. September legte Dan Cardarelli anlässlich des FGFC-Kongresses nach 8 Jahren sein Präsidentenamt nieder. Bereits zuvor war er 1997 zum Vizepräsidenten gewählt worden, eine Funktion, die er bis 2009 ausübte. Der langjährige Gewerkschafter, der vor 40 Jahren der FGFC beitrug, gehört der Berufskammer der öffentlichen Bediensteten an. Er ist zudem Mitglied der „Commission Centrale“, beigeordneter Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrats und Vizepräsident der „Akademie Europa“ der Europäischen Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI). Der 61-jährige Cardarelli, verheiratet und Vater von zwei Kindern, startete seine berufliche Laufbahn 1978 im Standesamt der Gemeinde Sassenheim. Im Oktober 2016 trat er als Chef des Einwohnermeldeamtes der gleichen Kommune in den Ruhestand.



L'union fait la force!

D'ARMÉI, ENG ERAUSFUERDERUNG FIR DECH

50 JER
FRAIWËLLEGEN-ARMÉI

Nächste Rekrutement
08.01.2018

Umeldungsmeldung
bis den **19.10.2017**
erschicken.

INFORMATIONSBÜRO
15, bd Royal
L-2449 Luxembourg
INFOTELEFON
8002 - 4888

FONDS SOCIAL EUROPÉEN
LUXEMBOURG

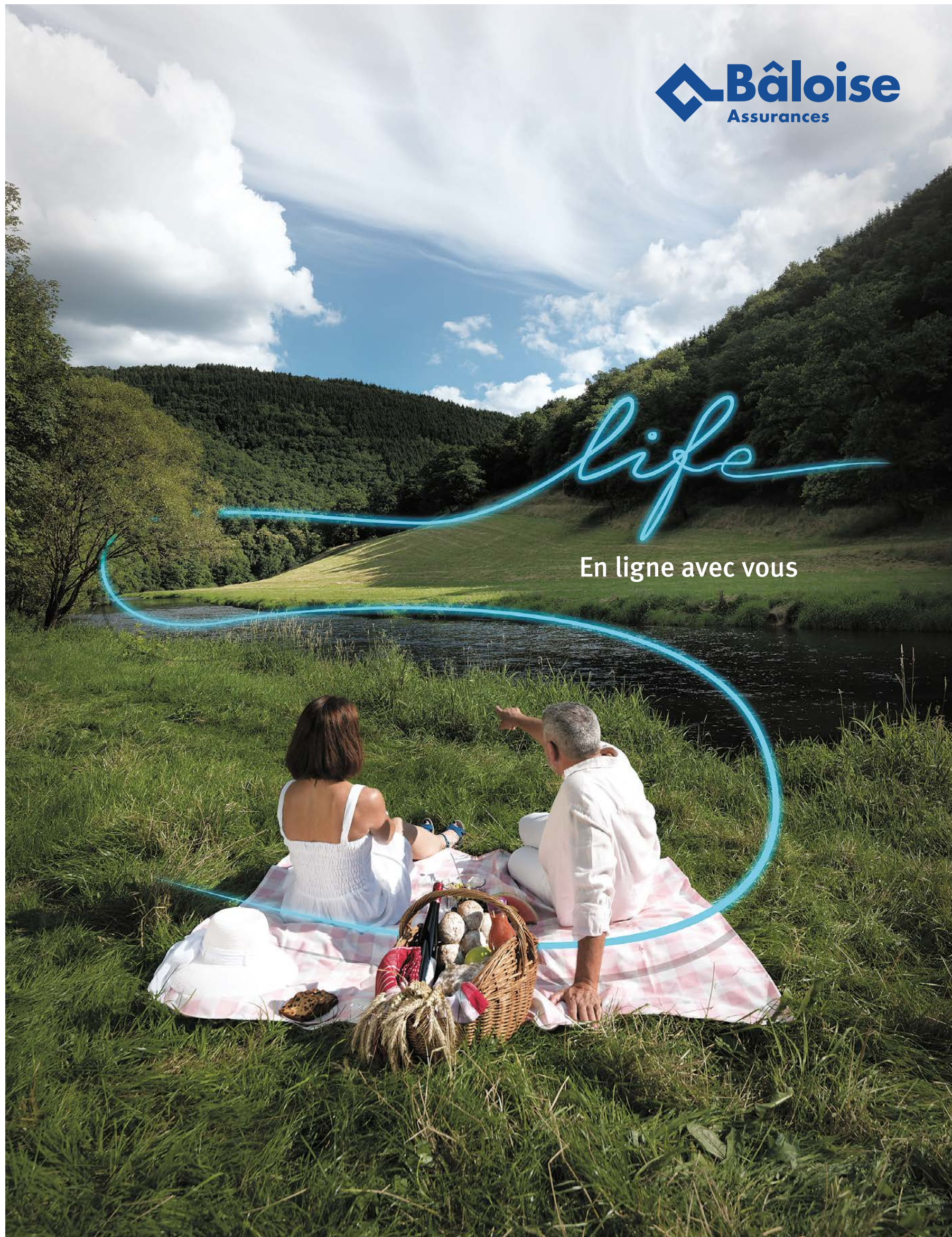
Avec le soutien du
Fonds social européen

LËTZEBUERGER ARMÉE
www.armee.lu • info@armee.lu

D'Lëtzebuurger Armée steet fir Asaz an Engagement, hejheem an dobaussen. Si huet als Missioun Mënschen ze schützen an hinnen ze hëllefe wann se a Nout sinn. Wann s du dech bereet fülls déi Missioun mat eis ze deelen, dann ass d'Armée déi richteg Plaz. Du schaffs esou aktiv un denger professioneller a perséinlecher Zukunft. D'Armée s'cht 70 bis 90 motivéiert an dynamesch jonk Leit, Fraen a Männer, déi sech engagéiere wëllen.

Schnell und übersichtlich informiert:

www.cgfp.lu



Bâloise
Assurances

life

En ligne avec vous

Bâloise - Pension PLAN

Prévoyance-vieillesse et marchés financiers:
Pour une retraite en mode détente.

baloise.lu/life

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Die Diagnose „Kaiserschnitt notwendig“ ist im Togo oft gleichbedeutend mit „Todesurteil für Mutter und Kind“

**Weil die Zulassung in eine Klinik nur gegen Vorkasse
möglich ist, sind die Mittellosen auch chancenlos**

Mit rund 220.000 Euro hat das von der Luxemburger Staatsbeamtin Marie-France Speck initiierte Projekt Bonjour Bébé! 1 (2012 bis 2015) wahrscheinlich 149 Müttern mit 159 Säuglingen das Leben gerettet, weil es die Kosten eines unentbehrlichen Klinikaufenthaltes ganz oder teilweise übernahm. Vor, während und nach den Geburten haben die Hebammen der Œuvre CGFP d'Aide au Développement in den Armenvierteln der Millionenstadt Lomé 7.040 Hausbesuche bei 1.042 Müttern mit 1.079 Neugeborenen vorgenommen.

Das erweiterte Projekt Bonjour Bébé! 2 (2015-2019) ist an das Waisenheim Pouponnière Sainte-Claire in Lomé angegliedert und verfügt über ein Budget von 750.000 Euro. Sie, wertiges CGFP-Mitglied, sind herzlich eingeladen, sich an diesen Anstrengungen zu beteiligen, durch eine kleine (oder große) Spende an die Fondation CGFP de Secours. Vielen Dank im Voraus!



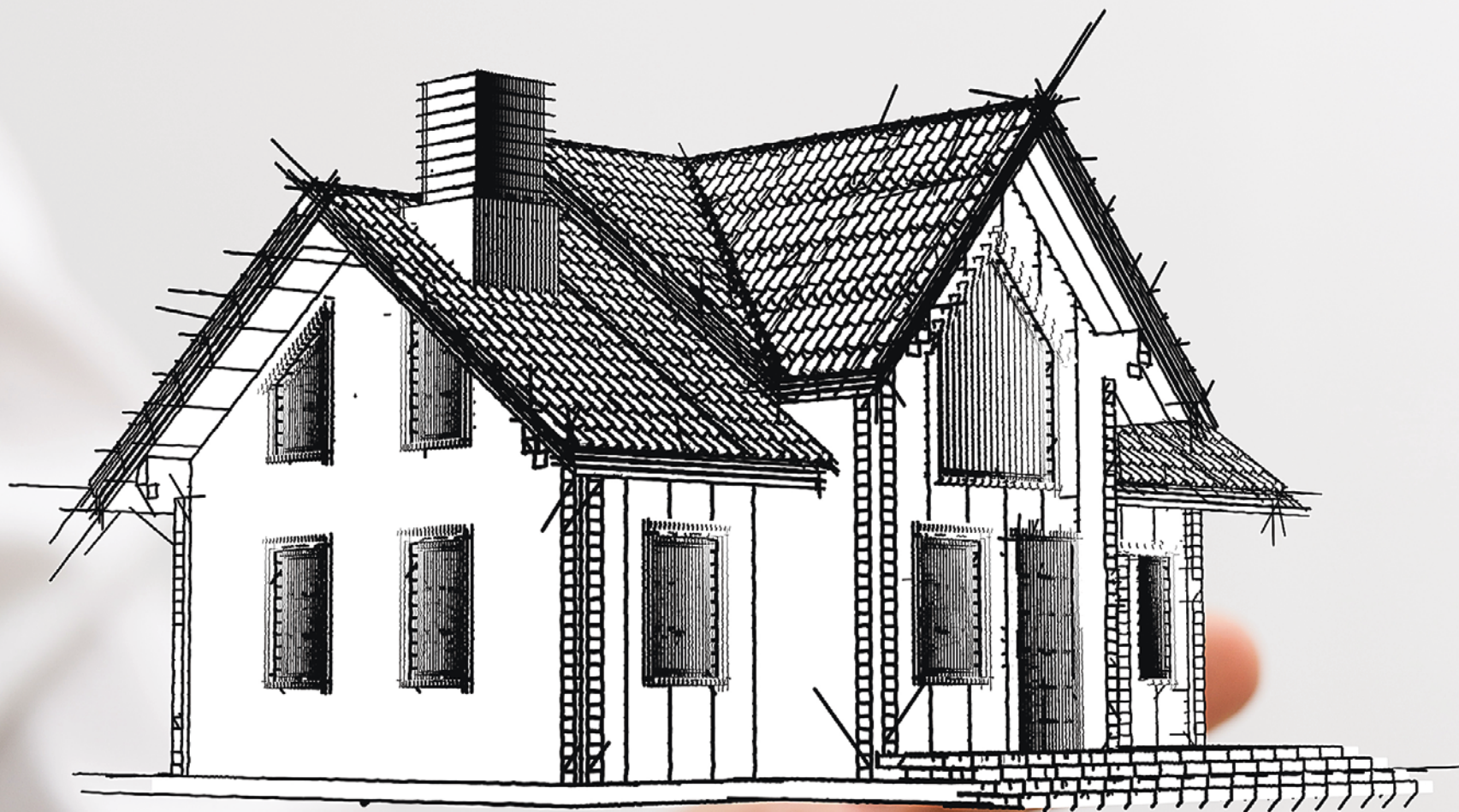
**Spenden
auch Sie!**

**Unterstützen auch Sie das CGFP-Hilfswerk.
Ihre Spende können Sie auf eines der beiden Konten
der „Fondation CGFP de Secours“ überweisen:**

**CCPL: IBAN LU46 1111 0733 4614 0000
BCEE: IBAN LU57 0019 1000 2060 6000**

Ihre Spende ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen steuerlich absetzbar

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-Einrichtung der Berufsorganisation der öffentlichen Funktion, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

**Für das Bausparen gibt es viele gute Argumente:
Ein besonders wichtiges ist dabei die
außergewöhnliche Kundenbetreuung.
Ebenso kompetent wie freundlich!**

**Ausschließlich
im Dienste der
öffentlichen Funktion
des Landes:
die Mitarbeiter der
Bausparkasse BHW,
Niederlassung
Luxemburg**



Achim Vogt, Direktor der Luxemburger BHW-Niederlassung (r.), mit Lothar Meyer, Direktionsbeauftragter für den öffentlichen Dienst



Cynthia Ginter



Martina Klein



Carine Schilling

Et ass eis eng Freed, lech ze beroden



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2017

Bausparen

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapirollen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35% oder sogar 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits

aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Wollen Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen oder sind Sie noch unentschlossen, so bietet sich der BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro.

Mit der Umsetzung der Steuerreform kam es zu einer Verdopplung der absetzbaren Beträge, sofern der Bausparer die Altersgrenze von 40 Jahren nicht erreicht hat. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

Fertighäuser im Trend: Schneller schöner wohnen



Niedrige Zinsen und ein großes Interesse an energieeffizientem und zügigem Bauen kommen auch Fertighäusern zugute. Mittlerweile liegt ihr Anteil unter den Neubauten bei rund 20 Prozent.

Die Vorteile gegenüber Häusern in Massivbauweise sind vielfältig: Alle Bauteile werden vorgefertigt auf die Baustelle geliefert und nach dem Baukastenprinzip zusammengesetzt. Damit sind die eigentliche Bauzeit kurz und eine gute Planbarkeit sichergestellt. Denn bei einem Fertighaus kommt bis zur Übergabe alles aus einer Hand. Doppelbelastungen durch Finanzierung und parallel laufende Mietkosten können so weitgehend vermieden werden. Auch die Sorge, dass Fertighäuser Massenware sind und wenig Spielraum für Individualität bieten, gehört mittlerweile der Vergangenheit an. Dem Grundriss und der Materialvielfalt sind kaum Grenzen gesetzt. Und Musterhäuser bieten bereits vorab ein realistisches Bild vom neuen Zuhause.

Hohe Energieeffizienz

Energetisch erlauben Fertighäuser in Holzrahmenbauweise alle Möglichkeiten, die zeitgemäße Dämmungen bieten. Damit sind sie förderfähig. „Baufamilien, die ihre Kosten weiter verringern wollen, können bestimmte Ausbaumaßnahmen auch selbst durchführen. Allerdings gilt es, die Eigenleistungen realistisch einzuschätzen“, betont Bernd Neuborn von der BHW Bausparkasse. Häufig überschätzen sich Bauherren in diesem Punkt. Neuborn weist auch darauf hin, dass sich Käufer vorab unbedingt Klarheit über die Gesamtkosten verschaffen sollten. „Dazu gehören auch die Baunebenkosten, die sich zwischen zehn und dreißig Prozent der Bau- und Erwerbskosten bewegen.“ Ein oft unterschätzter Aspekt: Damit später zu erwartende Gelder aus Lebensversicherungen oder Erbschaften in die Finanzierung miteingebaut werden können, sollte der Darlehensvertrag die Möglichkeit für Sondertilgungen enthalten.

Gartenwege: Der gute Auftritt entscheidet



Der erste Eindruck zählt. Beleuchtete Gartenwege schaffen nicht nur mehr Sicherheit, sie weisen Besuchern den richtigen Weg. Aus Stein oder Holz sind sie wichtige Gestaltungselemente.

Wege prägen das Gartenbild. Damit sie bei jedem Wetter sicher zu betreten sind, sollten Gartenbesitzer für Hauptwege einen rauen, stabilen Belag wählen. Mit einer geschickten Wegeführung können sie je nach Größe des Gartens interessante Blickachsen gestalten. Gerade Linien vermitteln eine moderne, klare Struktur, geschwungene Pfade sind verspielter. Auch auf die Materialien kommt es an. So ist Beton heute in vielen verschiedenen Farben und Formen erhältlich und eine preiswerte Alternative. Gartenwege aus Naturstein, wie Granit oder Terrakotta, überzeugen durch Nachhaltigkeit und natürliches Aussehen, sind aber in der Regel wesentlich teurer. Wer eine rustikale und authentische Optik bevorzugt, liegt bei Gartenwegen aus Holz richtig. Es lässt sich einfach verarbeiten, ist aber nur begrenzt haltbar.

Licht setzt Akzente

Von entscheidender Bedeutung ist auch die Beleuchtung. „Eine gute Beleuchtung und Bewegungsmelder schützen vor Unfällen sowie unliebsamen Besuch“, sagt Rüdiger Grimmert von der BHW Bausparkasse. Elektroarbeiten sollten von Handwerkern ausgeführt werden, damit die Garantie gewährleistet bleibt.

Hürdenlos durch den eigenen Garten

Familien mit Kindern, Senioren oder Hobbygärtner, die mit Schubkarre unterwegs sind – schwellenlose und breite Wege sind für sie alle ein Muss.

Die Nutzbreite der Gartenwege sollte 120 Zentimeter betragen, um die Bewegungsmöglichkeiten mit einem Rollstuhl, Rollator oder in Begleitung nicht einzuengen. Ein rutschsicherer Bodenbelag und der Verzicht auf Stufen oder ausufernde Pflanzen sind ebenfalls sinnvoll.





Eine Frage, die Sie sich stellen sollten:

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

Die Probleme des öffentlichen Dienstes werden nicht durch Einzelgruppierungen gelöst, denen der Sinn für das Ganze, für die Gemeinschaft fehlt, und die den wahren Interessen der Staatsbeamten und -angestellten einen schlechten Dienst erweisen.

Denn was würde eine heillos zerstrittene öffentliche Funktion auf der gewerkschaftlichen Szene gegenüber den großen Verbänden und Blöcken des Privatsektors darstellen, für die die öffentlichen Bediensteten nur Ultrakorporatisten und Privilegierte sind?

Die öffentliche Funktion wäre zur Bedeutungslosigkeit degradiert – ein Schlachtfeld von sich gegenseitig überbietenden Einzelgruppierungen. Sie würde zum Spielball der parteipolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen. Dem staatlichen Arbeitgeber hätte sie nichts entgegenzusetzen.

Die CGFP ist die vereinende Kraft, der gemeinsame Nenner aller Staatsbeamten und -angestellten und ihr gewerkschaftliches Zuhause. Eine Kraft, die den sozialen Besitzstand verteidigt und den Fortschritt gewährleistet.

Ja, was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

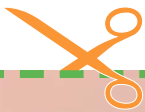


CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Vous avez changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la
CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg
ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/Changement-adresse.html



Ancienne adresse

Nom:

Prénom:

No et rue:

Code postal:

Localité:

email:

Nouvelle adresse

.....

.....

.....

.....

.....

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A[®]WIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87
e-mail : wietor@internet.lu



MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- ☒ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☒ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☒ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☒ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☒ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN
PRIVATE BANKERS

CGFP Website



Immer topaktuell unter
www.cgfp.lu



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30
mercredi: de 14h30 à 16h30
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS **CGFP**
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Werden Sie noch heute Mitglied



Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „funktion publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse Médico“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweechelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:

CGFP
Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «funktion publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Vos projets
ont de l'avenir



Charlotte,
future
présidente d'association



Louis,
futur
artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change

bgl.lu



fonction publique Spécial Living

Gesunde Raumluf - gutes Wohnklima



Keramische Fliesen lassen sich leicht reinigen und bieten Allergenen keinen Nährboden – der perfekte Bodenbelag für Familien mit Tieren. (Foto: epr/Eurobaustoff)

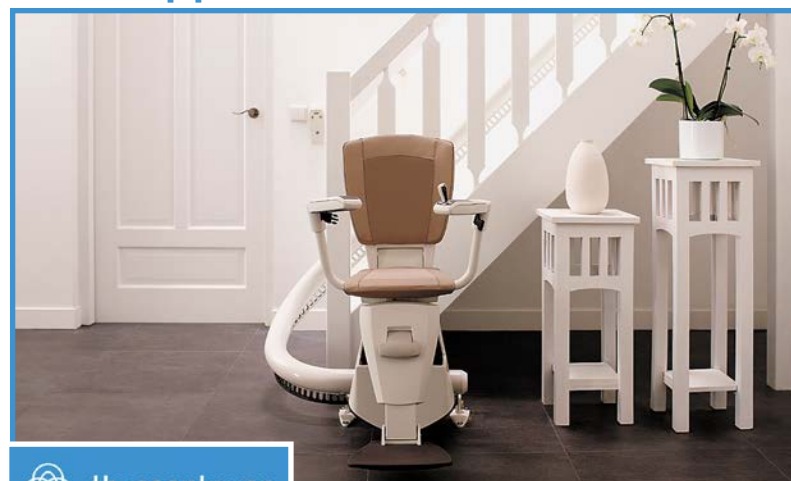
Gesunde Luft ist die Quelle für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit. Schlechte, das heißt verbrauchte, durch Gerüche wie Kochdunst oder gar durch Schadstoffe belastete Luft kann im schlimmsten Fall ernsthaft krank machen. Da wir bis zu 90 Prozent unseres Lebens in Innenräumen verbringen und bis zu 1.000 Liter Luft täglich einatmen, sollte besonderes Augenmerk auf die Wahl der Baustoffe, sowie auf Material und Verarbeitung von Boden- und Wandbelägen, gerichtet werden. Sie beeinflussen maßgeblich die Luft und damit unser Raumklima.

Neben „hausgemachtem“ schlechten Wohnklima durch Ausdünstungen oder mangelndes Lüften, sind wir auch immer häufiger chemischen Substanzen ausgesetzt, die wir nicht über unsere Sinnesorgane erfassen können. Dazu zählen zum Beispiel „flüchtige organische Verbindungen“, sogenannte VOC, und Weichmacher, die in Farben, Kunststoffen, Möbeln, Kleidern, Tapeten, Bodenbelägen, Klebern oder anderen Einrichtungsgegenständen enthalten sein können.

Sie alle belasten die Raumluf und können dadurch im Laufe der Zeit auch unserer Gesundheit schaden. Dabei gibt es Baumaterialien, die gesundheitlich unbedenklich sind und eine positive Wirkung auf das Raumklima haben. Keramische Fliesen beispielsweise sind ein geruchsneutraler und wohngesunder Belag für Boden und Wand. Sie besitzen eine geschlossene, bei hohen Temperaturen gebrannte Oberfläche. Alltägliche Gerüche und Dämpfe nehmen keramische Fliesen daher weder auf, noch speichern sie sie.

Aus demselben Grund können sich außerdem allergene Stoffe wie Milben, Hausstaub oder Blütenpollen nicht darauf entwickeln beziehungsweise festsetzen. Staub und Schmutz hingegen lassen sich von keramischen Belägen leicht und ohne aggressive Putzmittel entfernen.

Ihre Treppe leicht hinauf und hinunter!



 thyssenkrupp

Tel.: 40 08 96

THYSSENKRUPP ASCENSEURS S.à r.l.
E-mail: luxembourg@thyssenkrupp.com



IMBRINGEN

À 10 MIN DU KIRCHBERG

1.387.079 €

TVA 3% incluse

A

B



WIESEN PIRONT

CONSTRUCTIONS SUR MESURE



KEISPELT

778.172 €

TVA 3% incluse

A

B



STRASSEN

1.474.531 €

TVA 3% incluse

A

B



OLINGEN

6,20 ARES

713.528 €

TVA 3% incluse

A

B



REISDORF

(DIEKIRCH)

622.078 €

TVA 3% incluse

A

B



STEGEN

(ETTELBRÜCK)

595.872 €

TVA 3% incluse

A

B



BASCHARAGE

BI-FAM

442.482 €

TVA 3% incluse

A

B



LELLIG

744.291 €

TVA 3% incluse

A

B



RODENBOURG

844.934 €

TVA 3% incluse

A

B



BOLLENDORF-PONT

583.525 €

TVA 3% incluse

A

B



BERG

853.586 €

TVA 3% incluse

A

B



TUNTANGE

783.707 €

TVA 3% incluse

A

B



ALZINGEN

953.317 €

TVA 3% incluse

A

B



NIEDERANVEN

1.227.308 €

TVA 3% incluse

A

B



WIESEN PIRONT

CONSTRUCTIONS SUR MESURE



ELL

(RÉDANGE/ATTERT)

657.655 €

TVA 3% incluse

A

B



KAYL

695.067 €

TVA 3% incluse

A

B

Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site :
www.wiesen-piront.lu

88, rue de Luxembourg . L-8140 Bridel . Tél. : 333 628 - 1

Spécial Living

Snaidero présente sa gamme Everyone



Cuisine Snaidero First

De nombreuses marques de haut de gamme sont conscientes qu'une importante part de ventes échappe aux magasins qui les représentent pour une évidente question de budget.

Certains studios cuisines, qui ne sont pas en mesure de vous fournir la marque qu'ils représentent, vous proposent un produit de substitution d'un fabricant inconnu ou presque. Cette situation est

frustrante pour le consommateur qui vient justement chercher la qualité, l'originalité, la sécurité, la nouveauté et la garantie offertes par une grande marque. Cela revient clairement à vous dire que, puisque votre budget ne vous permet pas d'accéder à votre rêve, il faudra vous contenter d'un produit ordinaire...

Snaidero, en créant un nouveau segment dans sa gamme avec Everyone donne la possibilité d'ac-

quéir une cuisine Snaidero dotée de la même quincaillerie Blum, de la même finition, de la même garantie d'usine de 10 ans pour le prix d'une cuisine ordinaire.

Le secret de ce tour de force ? Un ciblage précis des modules et éléments les plus demandés et des coloris les plus réclamés ! Vous allez vite comprendre : dans le segment de gamme Icone, lorsqu'un client veut un coloris blanc, Snaidero va pouvoir lui offrir le choix d'une dizaine de blancs. Lorsque ce même client demandera un coloris blanc chez un concurrent, cela se limitera bien souvent à un blanc brillant et à un blanc mat et à une seule finition de côtés de tiroirs. C'est exactement



Cuisine Snaidero First exposée chez Kitchen Store

là qu'intervient Everyone ! Un segment avec un choix (un peu) plus restreint, un peu comme une série limitée dans l'automobile mais avec l'assurance de **tous les avantages d'une marque internationalement reconnue**. Mais attention ! Avec **Everyone, pour vous offrir une Snaidero à prix sympa, vous aurez tout de même le choix entre 4 modèles et 24 finitions !** Pas mal, non ?



Cuisine Snaidero OLA20

Ce segment de gamme vient se rajouter à la gamme Snaidero et à ses modèles célèbres dans le monde entier **comme Ola20, une œuvre d'art imaginée par Pininfarina.**

snaidero
CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN**
Store

204, Route d'Arlon

L-8010 Strassen

Tél. (+352) 26 11 98 50

www.kitchenstoreluxembourg.com



OLA20 Snaidero a piece of art by Pininfarina



AGENCE IMMOBILIÈRE TOUSSAINT Abby

Ukaf

Verkaf

Locatioun

Gestioun

Berodung

Mir siche permanent fir eis
Clienten a Partner Terrainen,
Haiser, Appartementer an
Objeten fir ofzerappen.

Mir offrëieren lech een
zouverlässegen
an éierleche Service!

Nous cherchons en permanence pour
nos clients et partenaires des
terrains, appartements, maisons
et objets à démolir.

Nous vous offrons un service fiable
et honnête!

Achat

Vente

Location

Gestion

Conseil

Mir schwätzen Lëtzebuergesch
 Parliamo Italiano

Nous parlons Français
 Wir sprechen Deutsch

We speak English
 Falamos Português

www.confiance.lu

Mersch • Ettelbruck

32 81 73-1 32 78 72 info@confiance.lu

CIGDL Chambre immobilière
du Grand-Duché de Luxembourg

PARTENAIRE DE
Special Olympics
Luxembourg

Offizieller Partner
Luxembourg

Label Primat
Luxembourg



Contre retour de cette annonce profitez
d'une remise de 17% sur la
commission légale en cas de
vente!
Offre valable jusqu'au 31/12/2018
non cumulable avec d'autres
offres ou avantages

Spécial Living

Betondesign - Ein Baustoff, viele Optionen



Eine Imprägnierung schützt die Oberflächen von Betonarbeitsplatten vor Feuchtigkeit und Fettflecken. (Foto: epr/BetonBild)

Robust, langlebig und widerstandsfähig: Beton punktet nicht nur mit seinen exzellenten Materialeigenschaften, sondern auch mit flexiblen

Anwendungsmöglichkeiten. Weil sich der massive Baustoff in so gut wie jede gewünschte Form gießen lässt, eröffnen sich Architekten und Bau-

herren ungeahnte Freiräume im Hinblick auf Gestaltung und Funktion. Persönliche Ideen und Vorstellungen können ganz nach Belieben

realisiert werden – auch in Innenräumen. Beispiel Küche: Neben modernen Spülbecken sind bis zu vier Meter lange Arbeitsplatten umsetzbar, die fugenlos in einem Stück gegossen werden.

Aussparungen für Einbaugeräte lassen sich gleich mit einplanen. Eine spezielle Imprägnierung schützt die Oberflächen, die durch Schleifen oder Polieren einen interessanten Look erhalten, außerdem vor Feuchtigkeit und Fettflecken – auf diese Weise bewahren sie lange ihre natürliche Schönheit.

Zeitgemäße Einrichtungsgegenstände aus Beton können auch in puncto Optik überzeugen. Gerade in Verbindung mit Holz, Naturstein, Glas oder Metall entfaltet der vielseitige Baustoff eine einladende Wirkung, die das stilvolle Ambiente unterstreicht und für Wohlfühl-atmosphäre sorgt.

Tristes Grau war gestern: Verschiedene Zuschlagstoffe, darunter Farbpigmente, Naturkiesel sowie Metall- oder Glasgranulate, ermöglichen viel Spielraum bei der Oberflächengestaltung.



R-Logement
Les rêves grandissent, nous en faisons une réalité

 **Raiffeisen**
Naturellement ma banque

Raiffeisen est une banque coopérative. Et ça change tout! Avec Raiffeisen, faites de vos rêves une réalité. Des taux d'intérêt attractifs, fixe ou variable, un accompagnement pour les aides étatiques, des rendez-vous adaptés à vos horaires même en dehors des heures d'ouverture, que ce soit en agence ou à domicile. Proche de vous, Raiffeisen vous accompagne et vous conseille tout au long de votre projet.

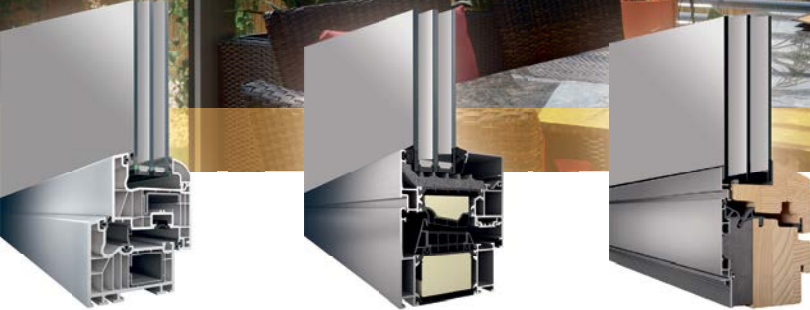
Plus d'informations sur www.raiffeisen.lu ou dans l'agence Raiffeisen la plus proche.

METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA

Är Fönstertfabrik
zu Lëtzebuerg
zanter 60 Joer



SICHER. WARM. SCHÖN.

SHOWROOM:
MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR

SHOWROOM
VON 600 m²

SCHÜCO
Partner

JOSKO
FENSTER & TÜRREN

R
REYNAERS

MADE IN
LUXEMBOURG

METALICA
Home

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU



Concevons ensemble
la cuisine de votre vie

eggo
KITCHEN HOUSE

D'Kiche vu mengem Liewen

- Fabrication allemande, meubles garantis 10 ans
- Prix imbattables toute l'année
- Devis gratuit, clair et détaillé
- Suivi personnalisé
- Montage par un personnel qualifié

eggo.lu





Spécial Living

Holz schafft individuelle Eyecatcher im Innenraum



(Foto: Osmo)

Holzverkleidung an der Wand schien lange Zeit „out“ zu sein. Mit einer hellen Oberfläche und einer individuellen Gestaltung ist sie jedoch heute

wieder topmodern. Da der Kreativität bekanntlich keine Grenzen gesetzt sind, kommen beispielsweise partiell gestaltete Wände immer mehr in

Mode, bei denen Holz wieder eine große Rolle spielt. Ob in Kombination mit massiven Steinen, puristischem Beton oder der klassischen Tapete

– in privaten Räumen, aber auch in Restaurants oder Hotels – eröffnen sich Jung und Alt gerne immer neue, einzigartige und stilvolle Looks.



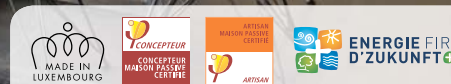
**AREND &
FISCHBACH**
PROMOTION IMMOBILIÈRE



massivepassive
ecological houses in wood

TERRAINE FIR ZE BAUEN APPARTEMENTER HAISER

A.E.: 00137028/0



Entdeckt eis aktuell Projeten op: arend-fischbach.lu

☎ 32 75 76

SCHÖNER
WOHNEN
KOLLEKTION



5 JAHRE
GARANTIE

SCHÖNER
WOHNEN
KOLLEKTION

NEU & EXKLUSIV

” JETZT DIE BESTEN PLÄTZE SICHERN. “

Die neue SCHÖNER WOHNEN-Möbelkollektion ist da.
Entwickelt von der Redaktion und einigen
der angesagtesten Designer!

FÜR IHR ZUHAUSE.
VON EUROPAS
GRÖSSTEM
WOHNMAGAZIN.

SCHÖNER
WOHNEN

Ouvert du lundi au vendredi de 10h à 19h et le samedi de 9h à 18h
69, parc d'activités Mamer-Cap • L-8308 Capellen | Tél.: 26 30 30 1

  [kichechef.lu](https://www.kichechef.lu)


Miwwel a méi...

Tous nos prix s'entendent nets, sans livraison, sans montage, sans décoration et jusqu'à épuisement de stock. Toutes les informations reprises sont fournies sous réserve de modifications techniques et d'éventuelles erreurs.

Spécial Living

Kompromisslose Avantgarde - Rahmenlose Ganzglas-Architektur für ein offenes Leben

Wenn Ästhetik Form annimmt, wird der Blick für das Wesentliche frei. Große Fensterflächen ohne Rahmen liegen im Trend und sind die perfekte Ergänzung für eine freie, moderne Architektur.

Ein echtes, patentiertes, optisch rahmenloses Ganzglas-System sprengt beim Wohnen die Grenzen und erlaubt eine völlig neue Flexibilität für anspruchsvolle Raumgestaltung.

Mit optisch rahmenlosen Glaswänden und Lichtbändern, eingebettet in modernste Architektur, verwirklichen sich Hausbauer und Renovierer damit den Traum vom freien Leben.

Zum reduzierten Design gesellt sich eine in allen Punkten optimierte Technologie. Vor allem im Detail werden neue Maßstäbe gesetzt und bieten Architekten noch mehr Gestaltungsfreiheit, ohne Abstriche in Statik, Dichtheit und Wärmedämmung machen zu müssen.



(Foto: epr/Josko)

anawa.lu

THOMAS & PIRON

Choisissez votre futur appartement
parmi nos **nouveaux** projets !

NOUVEAU

HESPERANGE - 37 APP. + 7 COM. + 2 BUREAUX

RÉSIDENCE LIVIA
ROUTE DE THIONVILLE

De 48 m² à 187 m²
Du studio à l'appartement 3 ch., 1 à 2 salles de bain
Commerces de 66 m² à 153 m²
Bureaux de 71 m² et 94 m²

AA

NOUVEAU

STRASSEN - 24 APPARTEMENTS

RÉSIDENCE D, LES THERMES
RUE DU CIMETIÈRE

De 34 m² à 87 m²
Du studio à l'appartement 3 chambres
1 à 2 salles de bain
Avec balcon ou terrasse et cave

AB

NOUVEAU

MONDORF-LES-BAINS - 11 APPARTEMENTS

RÉSIDENCE PANORAMA
RUE DES PRUNELLES

De 44 m² à 188 m²
Du studio à l'appartement 3 chambres
Avec jardin, balcon, terrasse ou loggia

AA

À STRASSEN / 2, RUE MARIE CURIE / T. (+352) 34 18 14 1 / DÉCOUVREZ NOS PROJETS SUR WWW.THOMAS-PIRON.LU

THOMAS & PIRON
LUXEMBOURG



Meng Kichen fir mäin Budget!

KICHE  NCEPT®

74, rte de Longwy
L-8080 Bertrange
Tel. (+352) 26 38 38 66
www.kicheconcept.lu

Spécial Living

KicheConcept bréngt de ‚Wow‘ an Är Kichen!



järeger Erfahrung, dass wann een dem Client ee „Gudde Service“ bidde well, een net anstänneg mat sou engem „Groussen“ schaffe kann!

MK Kichen ass een Hiersteller, dee Qualitéit, Design a Flexibilitéit vereenegt. Zukunftsweisend Techniken a richtungsweisend Verarbeitungen (geschützt duerch Patenter), souwéi den Asaz vun de beschte Materialie maachen des Kichen eenzegaarteg! Et gëtt bal näischt, wat bei Müller net ze verwierklechen ass!

Un der Qualitéit an un der Villsäitgheet läit et ganz sécher net, mä wat bezillt ee bei deenen aneren da méi? Den Numm!?? Kommt an iwverzeegt Iech vun eise MK Kichen!

Montage

De Montage vun ärer Kiche läit eis schwéier um Häerz! Dowéinst gëtt de Montage nëmmen mat eisen eegenen, geléierte Schräiner, mat jorelaanger Erfahrung am Kichenopbau gemaach! Eis Monteuren ginn och stänneg op nei Technike „geschoult“.

Och bei eise Aarbechtsmaterial hu mir net gespuert, well dat Besch

KicheConcept zu Bartreng gëtt et elo schon zanter 10 Joer.

Dir sicht no enger Kichen déi anescht ass, eng déi net no Kichen, mee éischer no engem flotten Designer Miwwel ausgesäit, da si Dir bei KicheConcept genau richteg! Eng Equipe aus Jonk & Aal beméit sech ëmmer nees drëms,

déi neisten Trends an ärer Kichen ze integréieren, ouni u Confort ze verléieren.

An eiser fuschneier Ausstellung fannt Dir och mol ganz speziell Kichefronten, verstoppten Debarras hannert der Kichen an Televisiouns Miwwel am selwechten Material wéi d’Kichen.

Natierlech steet KicheConcept och fir ee gudde Service, gutt ausgebildete Schräiner a si schwätzen natierlech Lëtzebuergesch!

Firwat „MK Kichen“ an net ee groussen „Markenfabrikant“?

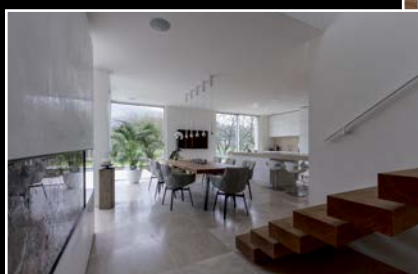
Mir haten der vill, déi mat eis schaffe wollten, ganz grousser, mat RIESEGE Präisser! Mir wëssen awer aus laang-

Lampertz

stone designer

the magic of Stone
by Lampertz

HOSINGEN | WALFERDANGE



99 72 71-1

| www.lampertz.lu

Spécial Living

war eis just gutt genuch! Kleng
Ëmännerunge vu Waasser an Elek-
tro-Usschloss sinn och méiglech.

Iwwregens kënnt Dir mat all eise
Leit Lëtzebuergesch schwätzen,
vum Montage bis an Direktioun! Bei
ons ass de Client „Kinnek“, well mir
hu verstanen, dass een zefriddene
Client déi beschte Publicitéit ass!

Wéi ginn ech vir?

Dir hutt grad ugefaange mat
bauen, oder wëllt Dir är bestoend
Kichen an enger bestoender
Wunneng änneren, da gitt Dir hei
ganz genau gewuer, wei Dir lech
am beschten uleeë sollt! Zu Lët-
zebuerg dauert een Neibau an
der Regel ëm 12 Méint. Soubal dir
also är Pläng vum Bau hutt, sollt
Dir och ufänken no ärer Kichen ze
kucken. Zu dem Moment kenne mir
nämlech zesumme mat lech kucken,
ob nach vläicht eng Mauer soll geré-
ckelt ginn, d’Fënstere méi héich
gesat ginn oder fir d’Réier vun
der Hotte schéin an der „Chape“
ze verstoppfen! Dës sou wichteg
Punkten kënnen nëmmen am Ufank
geännert ginn an droe souvill zu
engem super Design an zur Funktio-
nalitéit vun ärer Draamkichen bäi!

Wat brauche mir?

Bei engem Neibau brauche mir
d’Pläng vun ärer Kichen. Hu Dir
keng Pläng, dann huet d’Moesse

vun de Raimlechkeeten (Längt,
Déift, Héicht), Dieren a Fënstere
souwéi och d’elektresch an d’sanitär
Usschlëss. Op Wonsch komme mir
och gäre selwer op d’Plaz kucken!

Nodeems Dir d’Kiche bestallt hutt,
komme mir souwisou nach eemol
alles ganz genau opmoossen!

Wei plange mir?

Sidd Dir mol bei eis am Geschäft,
da kënne mir och direkt lass leeën!
Eis Innenarchitekten zeechnen
zesumme mat lech de Grondrëss vun
ärer Kichen op der Hand op! Dobäi
siche mir och d’Fuerwen, Geräter an
all aner Detailler zesumme mat lech
eraus. Duerno zeechne mir lech de
Plang fuerweg, an héijer 3D Optik
um PC. Mat dëser Foto kann ee sech
ganz genau virstellen, wei är Kichen
duerno ausgesäit!

Wéi gesäit eisen Devis aus?

Dir kritt vun eis eng ganz exklusiv
Präsentatiounsmapp mat all de
fuerwege Pläng a Fotoqualitéit an
de ganzen Detail, opgelëscht mat
de verschidde Präisser.

**Wéinst grousssem Undrang huet
lech w.e.g. ären perséinlechen
rdv um 26383866 oder op
info@kicheconcept.lu, fir dass
ee vun eisen Verkeefer direkt
mat lech plangen kann!**

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach

T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu | 



here we are

B IMMOBILIER OFFRÉIERT IECH FOLGEND SERVICER

- ESTIMATIOUN
- VERKAF / LOKATIOUN
- IMMOBILIEGESTIOUN
- PROMOTIOUN
- STEIERBERODUNG
- BANKDOSSIER
- ASSURANCEN

Besicht eis an eisem
neie B IMMOBILIER Büro zu

Kanech

4, rue de l'école
T 26 35 09 63



B IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS

L'HISTOIRE DE VOTRE FUTUR LOGEMENT COMMENCE CHEZ NOUS



PRÊT AU LOGEMENT. Nos conseillers vous guident et déterminent avec vous le meilleur plan
de financement. Pour faire de votre projet logement la plus belle des histoires.

Plus d'informations sur www.bcee.lu



Spécial Living

BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES,
CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA :



Effeti
CUCINE UNICHE

Miele **SUBZERO** **WOLF**
GAGGENAU **SIEMENS** **DuPont™ CORIAN®**

Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

Effeti : des cuisines uniques et de haute qualité



Wood



Camino



Luce



Unika

population rurale dure à la tâche. Imaginez que le fondateur, du haut de ses 75 ans a ses vignes et produit encore son vin dans ce vignoble merveilleux de Toscane !

Il a les deux pieds sur terre, aime son usine et son métier et a le respect de la parole donnée comme tous les gens de la terre.

D'ailleurs pour rechercher à ce point la perfection il faut aimer au plus haut point son métier et comme le disait Aristote, « *le plaisir dans le travail met la perfection dans le travail...* »

Certes, chez Effeti on vous parlera qualité, harmonie et design avant de vous parler prix mais c'est un choix délibéré.

Certes, une cuisine Effeti n'est pas faite pour concurrencer un ensemble de meubles de grandes surfaces, mais il faut savoir ce que l'on veut ; si vous recherchez la perfection et un design incomparable, nous pourrions vous satisfaire pour un prix inférieur à celui de nombreux fabricants qui ne sont pas en mesure d'assurer une qualité comparable.

Comme le dit le slogan de la marque, les cuisines Effeti sont uniques.

Avec Effeti on ne parle pas de fabrication de masse, pas de quantités, pas de ratios de productivité. On est volontairement loin et différent des fabricants qui produisent des cen-

taines, voire des milliers de cuisines par jour pour une clientèle dont la principale motivation d'achat est le prix.

Chez Effeti on fabrique des cuisines de haute qualité, dont on peut être éminemment fier, car elles

conjuguent le design, la nouveauté, le confort d'une ergonomie au top, la durabilité d'un produit quasi-artisanal.

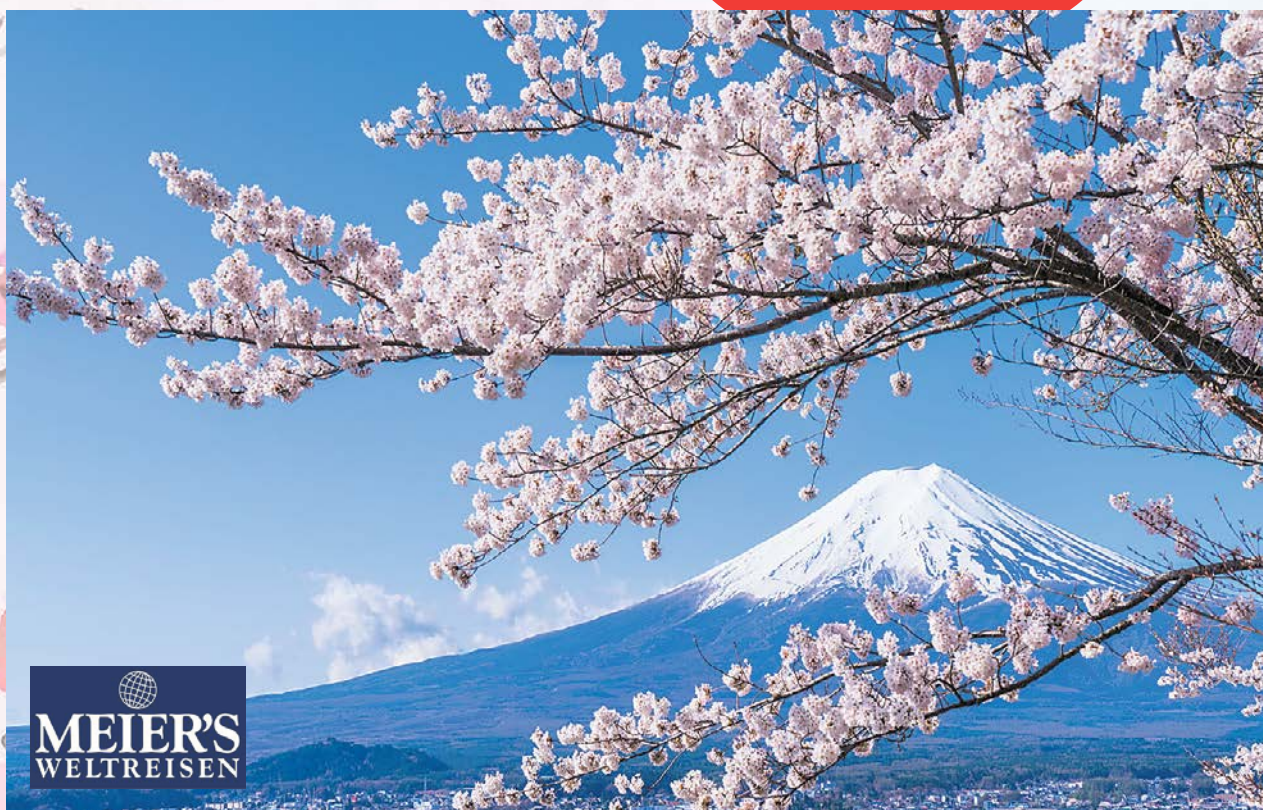
Chez Effeti le staff de direction et une grande partie des collaborateurs sont issus de la région, de cette



LUX VOYAGES

JAPAN – Kontraste und Kirschblüten im Land der aufgehenden Sonne

10-Tage-Studienreise



Wie in vielen asiatischen Ländern nimmt die Nähe zur Natur und das Genießen ihrer Schönheit auch in Japan in zahlreichen Facetten einen hohen Stellenwert ein. Hanami ist die jahrhundertealte japanische Tradition, in jedem Frühjahr mit sogenannten Kirschblütenfesten die Schönheit der in Blüte stehenden Kirschbäume zu feiern. Feiern Sie mit! Lassen Sie sich von Japans Idylle und Tempo beeindrucken und erleben Sie die wichtigsten Highlights zwischen Tradition und Moderne: futuristische Architektur neben Shinto-Schreinen und Roboter neben Ryokans. Japan pflegt seine Tradition mit derselben Hingabe, mit der es seinerzeit immer einen Schritt voraus ist. Sie erleben den Zauber des alten Japans: die prächtigen Schreine, die eleganten Tempel und die poetischen Gärten aus der Zeit der Shogune. Sie staunen über Berglandschaften, so filigran wie mit dem Tuschstift getupft. Sie spüren in Boomvierteln den Pulsschlag des modernen Tokios und Sie können sich von der kulinarischen Vielfalt des Landes verwöhnen lassen.

Reisepreis ab 2.449€* / Person im DZ, inklusive

- Linienflüge (Eco) mit Lufthansa: Frankfurt-Tokio / Osaka-Frankfurt
- Transfers laut Programm
- Rail & Fly Ticket innerhalb Deutschlands
- 8 Übernachtungen in Hotels der guten Mittelklasse
- 7x Frühstück
- Busfahrten und Besichtigungen laut Programm
- Ausführliche Reiseunterlagen
- Deutschsprachige Reiseleitung vom 2. bis 10. Tag
- Maximal 38 Teilnehmer

Termine 2018: 21.03. / 24.03. / 25.03. / 26.03. / 31.03. / 05.04. / 12.04. / 22.04.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Asien-Reisen vor.

Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater drüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause